

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 250 · 21. JAHRGANG · AUSGABE 11/2015 VOM 10. NOVEMBER 2015 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Baummord in der
Gemeinde Schorfheide**
Ortsprägende Trauerweide soll fallen

9 | **Die Menschen im Barnim**
schaffen das
Zahlen und Fakten

14 | **Kontinuum**
Ostexpansion
1854 – 1914 – 2014

»Michaelisgärten« sind ein »stadtentwicklungspolitisches Projekt«:

Rote Zahlen auf lange Sicht

Als Anfang Juli 2015 im »Sparkassenforum« die neue Ausstellung »Warten auf Wunder« anliefe, gab es in der Nachbarschaft beim Prestigeprojekt des Eberswalder Bürgermeisters Friedhelm Boginski, den sogenannten »Michaelisgärten«, einen Tag der offenen Tür. Kurze Zeit später mußte die städtische Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) zugeben, daß erhebliche Baumängel die geplante Nutzung großer Teile der Gewerbeflächen im Erdgeschoß in Frage stellen. Eine bereits gebundene Mieterin widerrief inzwischen ihren Mietvertrag und bezog bei der Sparkasse ein dort leer stehendes Ladengeschäft.

Doch auch die Vermietung der zehn Wohnungen »im Townhouse-Stil«, mit denen die WHG »den Schritt in eine höhere Preisklasse und den hochwertigen Wohnbereich« wagt, geht nur schleppend voran. Der Geschäftsführung der WHG dürfte schon im Juli klar gewesen sein, daß es um ein »Warten auf Wunder« geht.

Eberswalde (bbp). In der Sitzung des städtischen Wirtschafts- und Finanzausschusses am 8. Oktober wollte der FDP-Stadtverordnete Götz Trieloff Genaueres wissen. »Wann wird«, fragte er, »die Finanzierung für die Projekte Schillerstraßenquartier und Michaelisgärten getilgt sein?«

WHG-Geschäftsführer Hans-Jürgen Adam sprach Klartext: Das Projekt Michaelisgärten sei ein »stadtentwicklungspolitisches Projekt« bei dem er »nicht allzuschnell im schwarzen Bereich agieren« werde.

Eine Zuordnung einzelner Kredite zu bestimmten Projekten sei nicht möglich, weil bei der WHG die Unternehmensfinanzierung gelte. Er versicherte, daß die Gesellschaft alle Möglichkeiten nutze, angesichts der aktuell niedrigen Zinsen die vorhandenen Schulden in zinsgünstigere Darlehen umzuschichten.

Unabhängig davon verfügt die WHG selbstverständlich über detaillierte Berechnungen, wie sich die Finanzierung der einzelnen Projekte zusammensetzt. So umfaßt die Gesamtinvestition für die Michaelisgärten knapp 6 Millionen Euro, 2.365 Euro pro Quadratmeter. Noch im Sommer sprach man von »gut 5,6 Millionen Euro« (MOZ, 2.7.2015).

Der Eigenanteil der WHG beträgt 841.346 Euro. Von den 5,12 Millionen Euro Kredit kommen 500.000 Euro von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Zwei Darlehen zu 2,507 bzw. 2,067 Millionen Euro wurden auf dem freien Kapitalmarkt aufgenommen. Der Zins liegt bei 2 bzw. 3,14 %. Die KfW legt einen Zinssatz von 2,2 % zugrunde.

Für die Wohnungen verlangte die WHG ursprünglich einen Mietzins von 6,60 Euro pro Quadratmeter (ohne Betriebskosten). Ob inzwischen angesichts der geringen Nachfrage Rabatte gewährt werden, ist nicht bekannt. Von vornherein war klar, daß die erwartete Miete nicht zur Refinanzierung der Baukosten ausreicht. Dies brachte eine weitere Frage von Götz Trieloff zum Vorschein, die auf die 1,9 Millionen Euro an außerplanmäßigen Abschreibungen der WHG im Jahr 2014 zielte.

Hierzu informierte Adam, daß die hohen Investitionskosten der Michaelisgärten sich »nicht unmittelbar über die Vermarktung refinanzieren lassen«. Daher sei hier eine Abschreibung erforderlich gewesen. Schon bevor die »Michaelisgärten« überhaupt fertiggestellt waren. Von den 6 Millionen Baukosten sind so schonmal ca. 1,36 Millionen Euro abgeschrieben. »Die WHG«, so Adam, »kann die damit verbundenen Belastungen bilanziell verkraften«.

Beim Projekt Schillerstraßenquartier sehe die Situation günstiger aus, so Adam. Die Sanierung des Schillerstraßenquartiers verursachte Quadratmeterkosten in Höhe von 2.156 Euro. Die Gesamtkosten von fast 3,5 Millionen wurden zu 95,23 % fremdfinanziert. Der Zinssatz beträgt hier 3,69 %. Hier wurden keine außerplanmäßigen Abschreibungen vorgenommen.

Die verbleibende Abschreibung in Höhe von 541.500 Euro betrifft die beiden Wohnblöcke in der Potsdamer Allee 45 bis 59, deren Abriß seitens Stadt und WHG geplant war. Der Abriß ist inzwischen vom Tisch. Vielmehr wird nun investiert, um hier Wohnungen für die Aufnahme von Flüchtlingen herzurichten. Ein Teil dieser Aufwendungen werden vom Landkreis, der die Flüchtlingswohnungen anmietet, übernommen.

Die Sanierung aller aktuell leer stehenden Wohnungen der städtischen Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) würden 30 bis 31 Millionen Euro kosten, sagte der WHG-Geschäftsführer. Dieses Geld sei aber nicht vorhanden. Zur Problemlösung werde zurzeit eine Portfolioanalyse erstellt.



Der Betonklotz mit Namen »Michaelisgärten« war hier noch christomäßig verpackt, warf aber schon seine Schatten auf den Spielplatz an der Mikadobrücke. Bereits während des Baus verbuchte die städtische WHG 1,36 Millionen Euro als Sonderabschreibung, weil die zu erwartenden Mieteinnahmen nicht zur Refinanzierung reichten.

Foto: Gerd Markmann (November 2014)

Große Herausforderungen

Seit Sommer suchen viele fremde Menschen in der Bundesrepublik Deutschland Schutz vor Verfolgung in ihrer Heimat. Unter unserer Obhut wollen sie zukünftig leben, ihre Kinder erziehen, arbeiten und eine sichere Zukunft aufbauen.

Dafür haben sie einen weiten und beschwerlichen Weg hinter sich gebracht und müssen sich in die für sie fremde, deutsche Gesellschaft einfügen. Sie haben viel zu lernen und manchen Rückschlag zu verkraften. Hinzu kommt die Bewältigung traumatischer Erlebnisse, die zu ihrer Flucht geführt haben. Das war und wird für sie nicht einfach. Und wenn sie gegen deutsche Gesetze verstoßen, werden sie wie jeder hier bestraft und vielleicht zurückgeschickt.

Irgendwie können wir auch ein bißchen zufriedener sein, daß das Leben in Deutschland für so viele Leuten sicher und attraktiv ist und wir uns die Unterstützung fremder Menschen leisten können. Zukünftig werden auch diese fremden Menschen unter unserem Schutz arbeiten und in die Sozialsysteme einzahlen, Waren produzieren und konsumieren, wohnen und lieben, unsere Kultur bereichern und uns dafür danken.

Schutz und Integration fremder Menschen in unsere Gesellschaft ist eine ernsthafte und langwierige, verantwortungsvolle Aufgabe. Immer wieder geht es konkret um das Leben von schutzbedürftigen Menschen. Die damit verbundenen Herausforderungen können wir nur meistern, wenn wir sie möglichst überlegt, aktiv und konsequent menschlich angehen. Daraus ergeben sich auch unerwartete Chancen für die Gesellschaft und engagierte Bürger.

Mit allgemein konkreter Polemik, diffusen Schuldzuweisungen, behördlichem Regelwahn und spontanem, gefühlsbetontem Aktionismus oder egoistischen Verhalten werden wir scheitern. Dafür spricht die kollektive historische Erfahrung und der Verstand. Es geht immer unmittelbar um das Verhalten Einzelner im Umgang mit Fremden. Leider haben wir und unsere Regierungen und Verwaltungen die damit verbundenen Aufgaben unterschätzt oder systematisch verdrängt. Wir waren deshalb unzureichend auf die Aufnahmen und Integration der Fremden vorbereitet. Trotzdem wird von vielen Großartiges geleistet. Die Aufnahme und Integration geht voran.

Ausgelöst von den vielen fremden Menschen brechen bei einigen Bürgern nicht verarbeitete Traumata auf, von den Trecks über das frische Haff, den zerbombten Städten und Dörfern, von Kinderheimen und Republikflucht, Währungsunion und Treuhandgesellschaft. Aufgeregte, reich gebildete Berichterstattung in den Medien und gut gemeinte Ratschläge aus Talkrunden verwirren zusätzlich.

Es gibt viel zu tun. Packen wir es an und schreiben darüber. Denn soviel Zeit muß sein. Es geht auch um unsere Zukunft.

Dr. MANFRED PFAFF

Bürgerdialog zu TTIP/CETA

Panketal (spd). Am 2. November trafen sich im Rathaus Panketal viele Menschen zum Bürgerdialog, um mit Susanne Melior (MdEP) über die Freihandelsabkommen TTIP/CETA zu sprechen. Neben ihr diskutierten Fabian Fischer (Landesverband Berlin Fachausschuss für EU-Angelegenheiten), Erik Beyer (Vorsitzender HSG FU Berlin), Dr. Thomas Schmidt (SPD), Florian Görner (Jusos Barnim) und Richard Specht (SPD Panketal). Es entstand eine kritische Debatte, besonders als es um die befürchteten Absenkungen des Verbraucherschutzes und der Arbeitnehmerrechte ging.

»Öffentliche Debatte kann viel bewirken, daß sieht man z.B. am Abkommen ACTA welches wegen Kritik der Bevölkerung scheiterte«, so Richard Specht, Initiator der Veranstaltung. »Ich bin sehr zufrieden mit der Veranstaltung. Wir konnten eine Menge Menschen zum Freihandelsabkommen sensibilisieren und ich glaube durch den Ruf der Gesellschaft geben wir unseren Abgeordneten mehr Möglichkeiten der Einflußnahme.«

Florian Görner ergänzt: »Wir Jusos lehnen das Freihandelsabkommen in der jetzigen Form ab! Grund dafür sind Vorschläge zur Einrichtung von privaten Schiedsgerichten und der befürchteten Absenkung von Umwelt- und Verbraucherstandards. Deshalb haben wir Jusos auch bei der großen Demonstration gegen die Freihandelsabkommen im Oktober teilgenommen.«

»Noch ist nichts entschieden, denn die TTIP-Verhandlungen sind längst nicht abgeschlossen«, erwidert Susanne Melior. »Umso wichtiger ist eine breite gesellschaftliche Debatte, damit wir die Verhandlungen in unserem Sinne beeinflussen.«

Die Gemeindevertretung Panketal hat sich schon Anfang des Jahres auf Bestreben der SPD Panketal dem Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände zu TTIP/CETA angeschlossen. So heißt es in dem Papier, daß das zukünftige Vergabeverfahren für öffentliche Aufträge erheblich beeinflußt wird, da das Freihandelsabkommen die Kommunen zwingt, die US-Unternehmen zu berücksichtigen.

Neuordnung der Ausschüsse geplant

Eberswalde (cz/bbp). Die Verwaltungsspitze plant eine Neuordnung der Geschäftsfelder der Ausschüsse der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung. Im Januar 2016 soll eine entsprechende Verwaltungsvorlage in die städtischen Gremien eingebracht werden. Seitens der Verwaltung wird insbesondere der Ausschuß für Energiewirtschaft in Frage gestellt. Außerdem soll der Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen »entschlackt« werden, was wohl vor allem bedeutet, daß das Sachthema Wirtschaft wieder dem Hauptausschuß zugeordnet werden soll, das erst in dieser Wahlperiode auf

Vorschlag der CDU dem Finanzausschuß zugeordnet worden war.

Mit der Erarbeitung dieser Vorlage ist der Leiter des Bürgermeisterbereiches Robby Segebarth beauftragt worden. Die Fraktionen wurden gebeten, aus ihrer Sicht Hinweise, Anregungen und gegebenenfalls konkrete Vorschläge zu unterbreiten.

Die Bildung von Ausschüssen ist nach § 28 Abs. 2 Punkt 3 der Brandenburgischen Kommunalverfassung ausschließliche Angelegenheit der Gemeindevertretung, die sie nicht auf andere Organe der Gemeinde übertragen darf.

Fördermittel contra Demokratie

Eberswalde (bbp). In der Diskussion zur Sportentwicklungsplanung über die demnächst die Eberswalder Stadtverordneten entscheiden sollen, geht es seit dem Frühsommer vordergründig um die Sportstättenplanung und hier vor allem darum, welche Stätten langfristig erhalten werden sollen und nach welchen Prioritäten die Mittel für Sanierung und Instandhaltung verteilt werden.

Als wichtig und erhaltenswert schätzt die Stadtverwaltung die Waldsportanlage in Finow ein, nicht zuletzt wegen des hier durchgeführten Sportunterrichts. Um das weiterhin zu gewährleisten, muß hier nach Auffassung der Stadtverwaltung dringend investiert werden. Die Verwaltung rechnet mit einem Gesamtinvestitionsaufwand von 3,3 Millionen Euro, der nur schwer aus Eigenmitteln zu bewältigen sei. Die bislang favorisierte Finanzierung durch Fördermittel aus dem Stadt-Umland-Wettbewerb des Landes Brandenburg sei »derzeit fraglich«. Auf der Suche nach Fördermitteln wurde

das Amt für Bildung, Jugend, Sport Anfang Oktober auf das Programm des Bundes »Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur« aufmerksam. »Da die Antragsfristen ausgesprochen knapp sind«, verlautete aus der Stadtverwaltung, »war leider keine Zeit, die politische Diskussion dazu zu führen«. Das mußte nun kurzfristig im Ausschuß für Bildung, Jugend und Sport am 5. November erfolgen, »da andernfalls die Fördermittel nicht in Anspruch genommen werden können«. Bereits bis zum 13. November müssen die Projektvorschläge eingereicht sein. Die Beschlußfassung der Stadtverordneten, daß der Eigenanteil zur Verfügung gestellt wird, »ist zwingende Antragsvoraussetzung« und bis zum 4. Dezember dem Bundesministerium vorzulegen.

Während die Stadtverordneten über den Fördermittelantrag also bereits in ihrer Novemberversammlung zu entscheiden haben, steht der zugrundeliegende Sportentwicklungsplan erst im Dezember auf der Tagesordnung.

Baummord in der Gemeinde Schorfheide

Ortsprägende Trauerweide in Lichterfelde wird gefällt

Die prächtige alte Trauerweide vor der Dorfkirche in Lichterfelde (Gemeinde Schorfheide) ist bald Geschichte. Im Zuge der saisonalen Baumschauen wurde ihr Stamm mit der hellgrünen Fällungsnummer »3« besprüht. Nach Auskunft der Schorfheider Bauamtsleiterin MANUELA BRANDT wird der Baum Anfang des nächsten Jahres beseitigt.

Wenn es um einen x-beliebigen Baum gehen würde, dann würde ich nicht so viel Furore machen. Doch diese Trauerweide hat aufgrund ihres Alters, ihrer Schönheit und Mächtigkeit ortsprägenden Charakter und ist charakteristisch für den Dorfkern von Lichterfelde.

Im Jahr 2013 wurde durch einen Blitzschlag ein großer Ast abgetrennt. Deshalb ist am Baum dann ein zur Erhöhung der Standfestigkeit und Bruchsicherheit stabilisierender Kronenschnitt vorgenommen worden. Der Baum hat diesen Pflegeschnitt gut verkraftet und ist wieder schön ausgetrieben.

Da es sich mir nicht erschlossen hat, weshalb der Baum nun gefällt werden soll, bat ich in einem Schreiben das Bauamt der Gemeinde Schorfheide (Frau Brandt) sowie die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Barnim (Herr Blankenburg) um eine schnellstmögliche Auskunft über den Sachverhalt (Baumschauprotokoll) und forderte einen Fällungsstopp.

In einem Antwortschreiben mit anhängigen Fotos über das Schadbild der Weide teilte mir Bauamtsleiterin Brandt mit, daß sich die Gemeinde – um eine fachgerechte Entscheidung zur Vitalität der Hängeweide zu erhalten – im Rahmen der Baumschau am 7.10.2015 mit der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Barnim, Herrn Blankenburg, abgestimmt hatte. So entscheidet der Straßenbaulastträger, in diesem Fall die Gemeinde Schorfheide, selbst über die notwendigen Maßnahmen und holt sich bei Bedarf fachlichen Rat vom Landkreis.

Demnach habe sich am Stamm der bereits bekannte Befall mit *Trametes hoehnelii* (Spitzwarzige Tramete) weiter ausgebreitet. Zusätzlich sei ein sehr starker Befall mit *Laetiporus sulphureus* (Schwefelporling) festgestellt worden. *Trametes hoehnelii* verursacht eine Weißfäule und *Laetiporus sulphureus* eine intensive Braunfäule.

Weiterhin soll die Klopffprobe am Stamm ergeben haben, daß bereits über die Hälfte des Holzes durch den Pilzbefall zersetzt ist. Zudem soll der Stamm, der sich in Richtung L 238 neigt, am Stammfuß ein ausgeprägtes Faserknicken aufweisen. Aus fachlicher Sicht könne die Weide daher nicht erhalten werden und würde in absehbarer Zeit eine Gefahr darstellen, indem sie auf die Landesstraße stürzt. Da die Gemeinde verkehrssicherungspflichtig sei, könne somit keine andere Empfehlung des Landkreises Barnim als die Fällung des Baumes gegeben werden.

Mit einem versierten Baumgutachter habe ich dann die Evaluation des Baumschauprotokolls vorgenommen:

1. Bei der Spitzwarzigen Tramete handelt es sich um einen Baumpilz, der relativ selten vor-

kommt. Ob es sich in diesem Fall wirklich um diesen handelt, kann nur ein ausgewiesener Pilzfachmann sicher feststellen. Hierfür müßten die Fruchtkörper des Pilzes eingehend im Labor untersucht werden.

2. Die Klopffprobe gilt als eine Methode, mit der man Höhlungen im Stamm detektieren kann. Sie ist aber nicht geeignet, Rückschlüsse auf die Restwandstärke eines Baumstammes zu ziehen und schon gar nicht um die Restwandstärke zu quantifizieren. Hierfür müßten andere, weitergehende Methoden (z.B. Bohrungen zur Feststellung der Restwandstärke) zur Anwendung kommen. Mir ist schleierhaft, wie man mit dieser Methode festgestellt haben soll, daß über die Hälfte des Holzes durch den Pilzbefall zersetzt ist.

3. Meine Begutachtung vor Ort hat zudem ergeben, daß es sich nicht um ein Faserknicken handelt, sondern um eine ungefährliche Rindenstauchung. Im Übrigen liegt für diesen Baum wahrscheinlich schon seit Jahrzehnten diese charakteristische Neigung vor, die einen individuellen habitustypischen Charakter hat. Die vorgebrachten Rückschlüsse, daß der Baum in Folge dessen auf die Straße fallen könnte, sind hinsichtlich der Baumstatik nicht haltbar.

Ergänzung: Unabhängig von meiner Einschätzung liegt es mir fern, die fachliche Expertise von Herrn Blankenburg hinsichtlich der Baumschauen in Frage zu stellen. Mein Vorwurf jedoch ist, daß die von ihm angewendeten Methoden für die Beurteilung der Baumvitalität und –statik nicht aussagekräftig genug sind. Betrieben wird ein methodischer und finanzieller Minimalaufwand, der unzureichend ist. Hinter vorgehaltener Hand wird gar von jährlichen Fällquoten gesprochen, die erreicht werden müssen. Der ökologische und ästhetische Wert von alten pflegebedürftigen Bäumen wird von den Behörden gering geschätzt, sie werden reduziert auf den Kostenfaktor, haben keine Lobby und sollen verschwinden.

Herr Blankenburg jedoch ist nicht allein für den »Bockmist« verantwortlich, der produziert wird. Als dienstleistender Angestellter muß er nach den Vorgaben der Unteren Naturschutzbehörde handeln, die ihm aufgetragen werden. Daß bei der UNB »der Wurm drin ist«, wissen



Foto: ANDREAS STEINER

wir ja schon lange. Weil aber der Fisch am Kopf zuerst anfängt zu stinken, wäre die Ablösung des Landrats Bodo Ihrke, der dies alles duldet und sogar befördert, die beste Maßnahme, um den Landkreis Barnim zu entfilzen und zu erneuern.

In der November- Bauausschußsitzung der Gemeinde Schorfheide habe ich dann den Sachstand »Trauerweide« umfassend thematisiert. Bereits im Vorfeld schlug ich Frau Brandt vor, bei der Trauerweide baumerhaltende und -stabilisierende Maßnahmen in Angriff zu nehmen. Beispielsweise könnte in drei bis vier Metern Höhe ein Kopschnitt vorgenommen werden. Trauerweiden sind sehr regenerativ und treiben nach 1-2 Jahren wieder recht gut aus. Auf diese Weise würde das schöne Exemplar mit breitem Stamm dem Dorfkern erhalten bleiben. Eine Fällung hingegen sollte nur das allerletzte Mittel sein, wenn der Baum in Gänze morsch und nicht mehr zu retten ist. Dies ist aber bei der besagten Trauerweide nach den mir vorliegenden Fakten nicht der Fall.

Bauamtsleiterin Brandt jedoch zeigte sich, mit Unterstützung der übrigen Ausschußmitglieder, diesbezüglich nicht kompromißbereit. Demnach gilt für sie einzig und allein die Einschätzung durch den Landkreis. Eine Handlungsabweichung von Blankenburgs Empfehlung würde die Verantwortlichkeit auf ihre Person lenken, und das möchte sie nicht auf ihre Kappe nehmen.

Dr. ANDREAS STEINER

Im Barnimblog (www.bar-blog.de) wurde über das Thema berichtet, weitere Kommentare sind erwünscht. Unser Autor ist Vorsitzender der Fraktion Freie Wähler Schorfheide/BLB in der Gemeindevertretung Schorfheide und Vertreter der GRÜNEN LIGA Brandenburg und der Naturfreunde Oberbarnim-Oderland.

Dr. HILDEGARD BOSSMANN präsentierte zu Beginn eine Analyse zum Bestand und zum Bedarf an Wohnungen in Bernau als Voraussetzung für Prognosen, Zukunftsplanungen und die Entwicklung von Visionen.

Seit 1992 wurden in Bernau 6.800 Wohnungen neu gebaut. 63 Prozent davon in Ein- und Zwei-Familienhäusern. Bernau ist zum attraktiven Wohnstandort geworden. Jetzt gäbe es jedoch eine verstärkte Nachfrage nach innerstädtischen, bezahlbaren Mietwohnungen für Familien, Ältere und Alleinstehende. Dieser Trend ist zu beachten. Seit 2010 nehmen die Zuzüge nach Bernau wieder zu, 2014 waren es 2.500 Personen. Bernau hat jetzt bereits 38.000 Einwohner. Die Stadt gehört zu den 30 Städten im Land Brandenburg mit einem angespannten Wohnungsmarkt, es gäbe praktisch keinen Leerstand.

Planung und Planungssicherheit werden gebraucht

Dies bestätigte auch ANTJE MITTENZWEI, Geschäftsführerin der WOBAU. Sie präsentierte das 10-Jahres-Konzept der städtischen Wohnungsbaugesellschaft, die in den letzten drei Jahren 100 Wohnungen gebaut hat. Mit einem möglichst hohen Anteil staatlicher Förderung für Sozialwohnungen will die WOBAU bis 2019 nochmals 400 Miet-Wohnungen realisieren. Hierzu bräuchte die städtische Wohnungsgesellschaft politische Entscheidungen und Signale aus der Landespolitik, wie der soziale Wohnungsbau auch nach 2017 weiter gefördert werde. Auch OLIVER MAYRDORFER, Geschäftsführer der Wohnungsgenossenschaft Einheit Bernau, sieht die Politik in der Pflicht.

Starkes Mittelzentrum und soziale Daseinsvorsorge

Bernau als starkes Mittelzentrum und attraktiven Standort auszubauen, so umriß Bürgermeister ANDRÉ STAHL (Die Linke) seine Zielvorstellungen. Aber der Wohnungsbau sei nur eine Säule. Es brauche eine der wachsenden Bevölkerung angepaßte Wirtschafts-, Verkehrs- und soziale Infrastruktur. In einem Parforceritt, stellte er seine Vorstellungen zur Stadtentwicklung, Gewerbeansiedlung, Verkehrs- und Sozialinfrastruktur von Bernau dar.

Eigenheimsiedlungen werden in den nächsten Jahren noch in Schönau, Börnicke, Rehberge und Bernau Süd entstehen bzw. fertiggestellt. Doch der Siedlungsbau werde nach seiner Einschätzung zukünftig nicht mehr die Priorität haben. »Städtebaulich müssen wir die noch vorhandenen Wohnbauflächen künftig mit Geschloß- und Mietwohnungsbau besser auslasten«, ist sich Stahl sicher. Deshalb seien die großen ehemaligen Militärfächen Schönfelder Weg und Schwanebecker Chaussee für den Geschloßwohnungsbau und Gewerbe vorgesehen.

Mit sozialer Infrastruktur wie Kindergärten und Schulen sei Bernau für die Zukunft gut aufgestellt. Auch deshalb brauche Bernau weiteren Zuzug, um die in den letzten Jahren mit

Bernauer Linksfraktion im Dialog mit den Bürgern:

Wie soll sich Bernau bis 2030 entwickeln?

Das Interesse an der Debatte über Zukunftsstrategien für Bernau war groß. Nahezu 70 interessierte Teilnehmer konnte die Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung Dr. Dagmar Enkelmann im »Treff 23« begrüßen; darunter auch Vertreterinnen städtischer Gesellschaften.

Stadtentwicklungs- und Wohnbedarf heute und in Zukunft, Aufgaben für Politik und Verwaltung, Schaffung bezahlbarer Wohnungen für Bernauer und Neubürger, die Infrastruktur – das waren Themen der konstruktiven, kritischen Debatte.

hohem Aufwand sanierten bzw. errichteten sozialen Einrichtungen nachhaltig auszulasten.

Er verweist darauf, das Bernau als Mittelzentrum eine starke Funktion der sozialen Daseinsfürsorge auch für das Umland habe. Und tatsächlich sei es schon jetzt so, daß ein Großteil der rund 6.000 Einpendler, die in Bernau arbeiten, aus dem Barnimer Umland komme.

Keine andere Stadt im Berliner Umland habe so günstige Verkehrsanbindungen zur Hauptstadt wie Bernau. In Berlin werden in den nächsten Jahren zehntausende Wohnungen gebraucht, man wolle jetzt mehr mit dem Umland kooperieren. Aber für eine Eingemeindung Bernaus sieht Stahl keine Anzeichen und er habe im übrigen keine Ambitionen, Berliner Bürgermeister zu werden, bemerkt er trocken. Vom Zuzug aus Berlin könne Bernau jedoch profitieren, ist sich das Stadtoberhaupt sicher.

Erste Schritte zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur

Die Verkehrsinfrastruktur innerhalb der Stadt stoße langsam an ihre Grenzen. Deshalb sei die Stadt bereits tätig, die Ladestraße des ehemaligen Güterbahnhofes zu erwerben und als Entlastung für die Anwohner von Bernau Süd, dem Nibelungenviertel und Börnicke auszubauen. Ebenso werde geprüft, ob die Durchlässigkeit des Stadtringes durch eine Einbahnstraßenreglung und damit die Mobilität nachhaltig verbessert werden könne.

Bei den Investitionen der nächsten Jahre müsse man deshalb für den Stadthaushalt Prioritäten setzen. Neue Parkhäuser werde es nicht geben, solange die vorhandenen nicht ausgelastet werden, beschied er auf eine Anfrage aus dem Publikum. Eher wolle man den öffentlichen Personennahverkehr verbessern.

Braucht Bernau einen neuen Flächennutzungsplan?

Bauingenieur und Unternehmer Dr. MANFRED HÜBLER sieht das so. Er fordert die Stadtverordneten auf, nicht zu kleinteilig zu denken und entwirft ein Modell, wonach die Stadt in konzentrischen Kreisen über das bisherige Stadtgebiet hinaus entwickelt werden könnte. Ansatzpunkt für ihn ist der hauptsächlich aus dem Süden kommende und nach Süden gehende Verkehr. Er meint, daß nach umfassender Analyse und breiter Debatte mit den Bürgerinnen und Bürgern Visionen und Ziele formuliert und für diese eine Umsetzungsstrategie erarbeitet werden sollte.



Foto: THOMAS TOBLER

Wachstum ja – aber nicht ohne bezahlbare Wohnungen

Aus dem Saal wurden Befürchtungen geäußert, daß der Wohnungsbau zukünftig nur noch zu hohen Mietpreisen erfolgen werde und wie dem begegnet werden solle. In Bernau gibt es jährlich rund 300 Antragsteller auf einen Wohnberechtigungsschein, aber kaum freie Sozialwohnungen.

Die Linken sehen die Möglichkeit, daß die Stadt und die SVV die politischen Voraussetzungen dafür schafften, um alle Fördermöglichkeiten für den sozial vertretbaren Wohnungsbau in Anspruch nehmen zu können. Das dafür notwendige Integrierte Stadtentwicklungskonzept (INSEK) ist bereits in Arbeit. Mit dem Mittelbereichskonzept bewirbt sich Bernau mit den Umlandgemeinden beim Stadt-Umland-Wettbewerb um Fördermittel des Landes. Bei der Bauleitplanung sollen die Ziele der Stadtentwicklung künftig noch stärker berücksichtigt werden. Darüber gab es weitgehend Konsens.

Darüber hinaus müsse man sich langfristig überlegen, wie man die Mietpreise für sozial Bedürftige dämpfen könne. Über einen Mietpreisdeckelung müsse neu nachgedacht werden. Linke können sich auch vorstellen, daß ein bestimmter Prozentsatz aller frei werdenden Wohnungen bei der städtischen Gesellschaft an WBS-Inhaber vergeben werden. Es könnte auch eine Härtefallregelung geben, wonach für diesen Personenkreis nach Auslaufen der Mietpreisbindungen eine Deckelung der Miete geprüft werden sollte.

Die Hinweise zur Berücksichtigung der Bedürfnisse von Senioren sowie die in die Diskussion eingebrachte Verankerung von politischen Zielen mit einer langfristigen Flächen- und Entwicklungsplanung will die Linke in der Stadtverordnetenversammlung weiter befördern.

MARGOT ZIEMANN

»Wir haben ja darüber informiert«

Unter dem Punkt »Informationen der Stadtverwaltung« wurde im Ausschuß für Bau Planung Umwelt über Fällungen und Neupflanzungen von Bäumen im Herbst 2015 berichtet. Die Stadt erfülle mit den Fällungen ihre Verkehrssicherungspflicht. 14.000 Bäume müsse die Stadtverwaltung im Stadtgebiet kontrollieren, pflegen und unterhalten. 2015 seien 327 Fällungen erforderlich, darunter 148 Bäume, die nicht unter die Baumschutzverordnung fallen. Zu letzteren gehören u.a. Weiden, Papeln, Douglasien etc. Es wurde über die Beweggründe der zur Fällung ausgewählten Bäume, die einzelnen Standorte und deren Baumarten berichtet. Weiter wurde ausgeführt, daß für die 179 Fällungen 166 Ersatzauflagen bestehen, seitens der Verwaltung aber sogar 187 Neupflanzungen 2015 und weitere 120 Baumpflanzungen im Frühjahr 2016 vorgesehen sind.

Worin bestand das Ziel dieser Informationen? Informationen, die nur mündlich gegeben wurden. Informationen, die am 6. Oktober gegeben wurden, als die Maßnahmen schon in der Umsetzung und zum Teil abgeschlossen waren. Gewiß sollte es darüber keine Debatte geben, sonst wäre der Bericht früher auf die Tagesordnung gekommen und es wären zur Vorbereitung auf eine Debatte schriftliche Unterlagen mit der Einladung zur Beratung an die Abgeordneten verschickt worden. Aber es gab darüber keine Debatte, denn zum TOP »Informationen aus der Verwaltung« sind keine Diskussionen vorgesehen, bestenfalls Verständnisfragen. Die Abgeordneten wurden zudem mit der Information überrumpelt, hätten also ohnehin nicht zur Sache diskutieren können.

Dabei dürfte der Anlaß für die Information die jüngste Debatte über die Fällung der Kastanie am Dorfplatz Finow gewesen sein. Die Verwaltung hatte faktisch in einer Nacht-und-Nebel-Aktion den Baum fällen lassen. Wenn nun im Folgenden erneut ein Streitfall auftritt, wird es heißen: Wir haben euch ja informiert. Unterschwellig sollte mit der Information deutlich gemacht werden, daß der Umgang mit den Bäumen der Stadt eine umfangreiche Aufgabe der Verwaltung ist, wo man nicht wegen jedes Baumes die Abgeordneten informieren oder gar auch noch befragen muß.

Und doch stellt sich die Frage, ob der Umgang mit dem Großgrün in der Waldstadt Eberswalde eine Frage von besonderer Bedeutung ist, die auch Gegenstand der Abgeordnetenarbeit und Bürgerbeteiligung sein sollte. Die Fälle unzulässiger Baumfällungen nehmen zu. Die für nötig gehaltenen Ermessensentscheidungen ergehen allzu oft gegen einen Baumerhalt. Gewiß hat der Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt keinen geringen Aufgabenumfang. Aber die Aufgaben auf dem Gebiet Umwelt drohen immer mehr zu kurz zu kommen.

Stadtverwaltung und Abgeordnete haben allen Grund, darüber nachzudenken, wie ein Defizit in der Befassung mit Umweltfragen vermieden werden kann. Was als »Information aus der Verwaltung« über Baumfällungen und Neuanpflanzungen zur Kenntnis gegeben wurde, sollte naheliegend zum Gegenstand einer gründlichen Beratung gemacht und durch Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung aufgewertet werden.

ALBRECHT TRILLER

Kein Thema für den Wirtschaftsausschuß

Eberswalde (bbp). Der Erhalt des Eberswalder Bahnwerkes ist ein wichtiges Wirtschaftsthema für Eberswalde. Dazu gab es Anfang Oktober Neuigkeiten. Drei Tage nach dem Spitzengespräch in Potsdam, an dem auch der Eberswalder Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI (FDP) teilnahm, tagte der städtische Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen. Die Ausschußmitglieder zeigten verständlicherweise großes Interesse an der neuen Sachlage. Der stellver-

tretende Ausschußvorsitzende Viktor Jede (SPD) nannte den sich anbahnenden Verkauf einen Erfolg. Er freue sich, »daß sich der Kampf für die Beteiligten gelohnt« habe. Mehr, als schon in der Zeitung stand, erfuhren die Stadtverordneten allerdings nicht. Dezernentin Petra Stibane informierte lediglich darüber, daß der Bürgermeister im Hauptausschuß »ausführlich über das Spitzengespräch am 5. Oktober in Berlin berichten« werde.

Mitwirkungsverbot für Stadtverordnete

Eberswalde (bbp). Stadtverordnete, die zugleich Führungspositionen in Sportvereinen haben, die von den Entscheidungen der Sportentwicklungsplanung der Stadt Eberswalde betroffen sind, dürfen sich nicht an der Beratung und Beschlußfassung der Sportentwicklungsplanung beteiligen. Die Planung enthalte Szenarien zum weiteren Betrieb städtischer Sportanlagen. Dies könne, schreibt die juristische Sachbearbeiterin in der Kommunalaufsicht Melanie Benditz in der Antwort auf eine Anfrage des Eberswalder Sozialdezernenten Bellay

Gatzlaff, »den Vereinen, die die städtischen Anlagen nutzen, einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen... Die Stadtverordneten, die zugleich Mitglied des Vorstandes, des Aufsichtsrates oder eines gleichartigen Organs eines der Vereine sind, die die städtischen Sportanlagen nutzen, unterliegen daher nach unserer Rechtsauffassung einem Mitwirkungsverbot gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 2 der Brandenburgischen Kommunalverfassung.« Nach Auffassung der Kommunalaufsicht betrifft das Mitwirkungsverbot auch Vorstandsmitglieder ohne Vertretungsbefugnis.

Mehr als bloß Symbolik

Zur Septembersitzung der Stadtverordnetenversammlung (StVV) hatte die Fraktion ALTERNATIVES WÄHLERBÜNDNIS EBERSWALDE versucht, das Thema Flüchtlinge per Eilantrag auf die Tagesordnung zu setzen (BBP 10/2015). Der Vorschlag fand keine Mehrheit und entgegen den gesetzlichen Vorschriften auch einen Monat später keine Berücksichtigung. Binnen dieses Monats besannen sich jedoch einige der Ablehner und legten zur Oktober-StVV ihrerseits einen Eilantrag zum »Umgang mit den Herausforderungen in Bezug auf die massiv erhöhte Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern« vor mit dem schönen Titel »Eberswalde handelt«.

Als Vorlage zum Handeln bot der Beschlußtext der Fraktionen DIE SPD und FDP jedoch allzuwenig an Inhalt. Der gute Wille wurde sichtbar – und Hilflosigkeit. Folgerichtig wurde die Beschlußvorlage erst einmal zur ausführlichen Diskussion in die Ausschüsse für Kultur, Soziales und Integration (AKSI) sowie für Wirtschaft und Finanzen (AWF) verwiesen.

Inzwischen schloß sich mit Bündnis 90/Die Grünen eine weitere Fraktion den Einreichern an. Einige Verbesserungen wurden eingearbeitet, dennoch überwogen Phrasen das konkret Umsetzbare. Dabei kann sehr gut auf bereits Vorhandenes zurückgegriffen werden. Zum einen sind die Aufgaben bereits per Gesetz gut verteilt. Zuständig für die Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge ist der Landkreis. Andererseits ist die Stadtverwaltung auch jetzt schon nicht untätig und unterstützt den Landkreis nach Kräften. Hier sollte ihr seitens der StVV der Rücken gestärkt werden. Zugleich können die Stadtverordneten mit dem Beschluß die nötigen materiellen und organisatorischen Ressourcen bereitstellen.

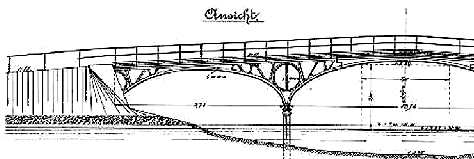
Was die Stadt darüber hinaus in eigener Zuständigkeit machen kann, sollte konkret benannt werden. So kann die StVV beschließen, daß die Stadt ihren Bürgern, die sich in diversen Willkommensinitiativen oder anderen Strukturen zusammenfinden, direkte Unterstützung zukommen läßt. Durch Geldleistungen, logistische Hilfe, Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit usw.

Wichtig wäre eine spezielle Unterstützung der Eberswalder Sport- und Kulturvereine, die Flüchtlinge aufnehmen. Beispielsweise durch Übernahme oder Bezuschussung der Mitgliedsbeiträge und der Sachkosten. Die Stadt kann Freikarten ausgeben für das Baff, den Tierpark, das Museum etc. Nicht zuletzt muß sich die Stadt für die Schaffung bedarfsgerechter Kapazitäten in den Kitas und in den städtischen Grundschulen starkmachen. Auch der Auftrag an die WHG, Wohnraum bereitzustellen, könnte Teil des Beschlußvorschlags werden.

Es gibt also genügend Möglichkeiten, den Beschlußantrag der drei Fraktionen über die bloße Symbolik hinaus inhaltlich auszugestalten. Bis zum Beschluß in der StVV am 26. November sollte dafür noch genügend Zeit sein

GERD MARKMANN

Veranschaulichung der 1883 erbauten Weidendammbrücke
Königliches Wasserbauamt Eberswalde



Diese Brücke ist nun fast 200 Jahre alt und sie war eine der ersten gußeisernen Brücken in Mitteleuropa. Sie steht mittlerweile unter Denkmalschutz. 1913 wurde sie nach Eberswalde verfrachtet, dort als »Teufelsbrücke« in ihrer alten Form aufgebaut, wo sie bis heute am Messingwerkhafen steht und seitdem am Platze ein Dornröschenschlaf hält. Soll heißen, die Stadt will sich nicht um diese Brücke kümmern und schon mal gar nicht sanieren.

Gegen den Ausschluß aus dem Bürgerbudget hatte ich Widerspruch erhoben. Denn die Begründung zum Ausschluß beinhaltete nur einen lapidaren Halbsatz: »ist nicht im Eigentum der Stadt«. Nun, das allerwenigste ist beim Bürgerbudget im Eigentum der Stadt. Das war keine respektable Absage. Auf meinen Widerspruch vom 13.09.2015 (noch vor dem Bürgerbudgetentscheid) wurde bis heute (3.11.2015) nicht geantwortet. Auch auf ein eMail-Rundschreiben an den Bürgermeister Boginski und die gesamte Stadtverordnetenversammlung (am 28.9.2015) wurde von den Verantwortli-

Fontanes Verlobungsbrücke:

Romantik, Liebe, Hoffnung

Das Bürgerbudget in Eberswalde ist für dieses Jahr beendet. Ausgeschlossen aus dem Rennen ums Geld wurde mein Vorschlag zur »Sanierung der Weidendammbrücke«, die auch als »Fontanes Verlobungsbrücke« bekannt ist und die einst in Berlin stand.

chen nicht geantwortet. Die ganze Angelegenheit wird bisher einfach totgeschwiegen.

In Fürstenwalde gab es dieses Jahr auch ein Bürgerbudget. Und auch dort wurde Widerspruch erhoben. Dort ist man nicht nur bereit, Rede und Antwort zu stehen, sondern es findet am 4. November sogar eine Ausschußsitzung statt. Richtig so!

Warum nicht gleichfalls so in Eberswalde? Warum finden Bürgermeister und Stadtverordnete keine Worte, wenn es um die Weidendammbrücke geht? Menschlich ist das schon gar nicht okay, wenn sich jemand zum Wohle der Stadt im Bürgerbudget einbringt, man ihn aber dann vollkommen ignoriert. Ob es auch rechtlich einwandfrei ist, bleibt noch zu klären.

Die Weidendammbrücke gehört dem Wasser- und Schifffahrtsamt Eberswalde. Es gibt Informationen, daß dieses Amt die Brücke auch an die Stadt übergeben würde, damit sie saniert werden kann. Dieses Amt will aber offensichtlich selbst kein Geld für die Sanierung ausgeben. Die Stadt kann also die Brücke übernehmen und sanieren. Das macht auch Sinn. Als »Verlobungsbrücke« würde diese zusammen mit »Deutschlands schönstem Standesamt« (in Eberswalde) ein Duo bilden, welches der Stadt zu weiterem Ansehen und zu mehr Touristen verhilft (es schadet nicht, dabei auch mal an Las Vegas zu denken, wo viele Paare hinreisen, nur um sich dort vermählen zu lassen).

Mit dem Namen »Verlobungsbrücke« verbinde ich ein Konzept. Eine Brücke der Liebe und der Liebenden, eine Brücke der Hoffnung (auf ein langes Leben zu zweit), eine Brücke auf der man sich verlobt, um den gemeinsamen Lebensweg zu verfestigen. Um vielleicht auch später einmal im schönsten Standesamt Deutschlands (in Eberswalde) seinen Bund fürs Leben zu besiegeln. Das Konzept ist »Romantik, Liebe, Hoffnung«. Das verbinde ich mit dem Namen »Verlobungsbrücke«. So wird es sicher auch Theodor Fontane gesehen haben, als er diese Brücke am 8. Dezember 1845 für seine Verlobung mit Emilie Rouanet-Kummer auswählte.

Und es kann auch ein touristisches Konzept sein, denn das Umfeld um den jetzigen Standort herum, läßt sich weiter ausbauen. Der Ort ist romantisch und fotogen. Parkplätze und ein großer Kinderspielfeld sind schon vorhanden. Geschäfte ließen sich dort ebenfalls errichten, beispielsweise ein Geschäft mit Brautmoden, ein Hochzeitsfotostudio, ein Souvenirladen, ein Hotel mit Restaurant für Hochzeitsfeiern und vieles mehr.

Man muß schon eine Vision haben, um die Möglichkeiten für die Stadt Eberswalde zu entdecken. Und es kostet auch eine Menge Geld,

welches man erst einmal ausgeben muß. Diesen Investition sich aber lohnt, auf die Zukunft gerechnet. Auch wenn vielleicht all die Nieten ersetzt werden müssen, die die Brücke tragen und zusammenhalten und dies einiges an Geld kosten wird, lohnt diese Maßnahme für dieses Baudenkmal. In Zukunft wird dann die Anzahl derjenigen, die sich auf der Brücke verloben werden, größer sein, als die Anzahl der in der Brücke enthaltenen Nieten. Und es werden nicht nur Eberswalder Bürger sein, die sich dort verloben wollen, sondern sie werden aus ganz Deutschland kommen. Vielleicht auch aus der ganzen Welt. Chinesen, Südamerikaner, Inder und so weiter. Und so macht sich jede ersetzte Niete letztendlich bezahlt. Wer aber keinen Blick für derlei Visionen hat, für den ist die Brücke nur ein Haufen Schrott, welcher auf den Müll entsorgt gehört.

Für die Borsighalle galt das gleiche. Für viele zuerst ein Schandfleck. Aber jetzt hat man den Wert erkannt und wird diese Halle sanieren, auch mit Geldern von Bund und Land. Nun heißt es: »Die Borsighalle ist ein national wertvolles Kulturdenkmal...«.

Das gilt aber auch für die sogenannte »Verlobungsbrücke«, sie ist ein genauso wertvolles Kulturdenkmal. Diese kann zudem zu einem touristischen Anziehungspunkt werden. Ein Highlight der Stadt! Man muß also dieses Projekt wieder in Angriff nehmen. Und Sponsoren sollten sich doch finden lassen, damit die Stadt die Kosten nicht alleine tragen muß, oder?

Vielleicht gibt es aber auch Geschäftsleute, die dort Möglichkeiten sehen, Geld in ein neues Geschäft zu investieren. Dann sollten diese mal zum Bürgermeister gehen und ihm das Geschäftsmodell vorstellen. Vielleicht findet er dann seine Stimme wieder und kann zur Sanierung der Weidendammbrücke etwas sagen.

Doch offenbar war es ein historischer Fehler, daß diese wertvolle Brücke einst überhaupt nach Eberswalde verbracht wurde. Als »Fontanes Verlobungsbrücke« wäre sie besser nach Neuruppin gebracht worden, in Fontanes Geburtsstadt. Dort wird sie sicher die Wertschätzung erhalten, die man ihr in Eberswalde bislang versagt. Ich könnte mir vorstellen, daß das Wasserschuttsamt auch gerne zum Erhalt der Brücke mit Neuruppin kooperiert und die Brücke an die Fontanestadt übergeben würde, wo ja Eberswalde wenig Interesse an ihrem Erhalt zeigt. Immerhin kann man mit ihr bald ihren 200. Geburtstag feiern.

PIERRE SENS

Weitere Informationen findet man in Wikipedia und <http://www.luise-berlin.de/bms/bmstxt99/9903proe.htm> sowie Fotos auf <http://www.schoenes-reiseziel.de/Eberswalde/stadtansichten/verlobungsbruecke/verlobungsbruecke.html>

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 33 34 / 25 92 10

Wahlen in der BRD

Werden die Wahlen in Deutschland durch Briefwahlen entschieden? Hat die Wahlaufsicht überhaupt eine Chance, den Ablauf von Wahlen außerhalb von Wahlbüros zu beobachten? Meist alte Menschen, oft geistig nicht mehr ganz auf der Höhe, mit gemeldetem Wohnsitz in einem Alten- oder Pflegeheim, nicht entmündigt, werden aufgrund einer Bewegungseinschränkung, um an Wahlen beteiligt zu werden, zu einer Briefwahl nicht abgeneigt sein. Aber wie finden Briefwahlen in Alten- und in Pflegeheimen statt?

Ob christliche Betreuer, sicher Mitglieder der CDU und in Bayern der CSU, sich der Briefwahlunterlagen bemächtigen und diese in deren Sinne, also christlich, demokratisch und sozial ankreuzen?

Wie viel Pflegeplätze gibt es in Deutschland, die über Briefwahlen erreicht werden können?

Es ist nur eine Vermutung, beweisen läßt sich das nicht.

PIJOTR PAVLENSKI

In Eberswalde erzielten in der Vergangenheit auch mal ein leitender Angestellter der AWO oder dessen Parteifreunde überdurchschnittlich gute Briefwahlergebnisse. Insoweit scheint das Phänomen nicht allein christlich-demokratisch-sozial zu sein, sondern durchaus auch sozial-demokratisch. (gm)

Ehrenamtliches Projekt in Niederfinow:

Die Rückkehr des Dorfkonsums



Der Landrat Bodo Ihrke besuchte unlängst den Dorfkonsum und sprach u.a. mit Gertud Appel, der Besitzerin des Hauses, die sich im »Gesunden Konsum« eine Suppe gönnt. Im Hintergrund berät die ehrenamtliche Bürgermeisterin Ute Peters-Pasztor gerade eine Kundin an der Frischetheke. Foto: Pressestelle Kreis

Niederfinow (prest-bar). Auf dem Land braucht es oft Mut und die richtige Idee, um etwas Neues auf die Beine zu stellen. In Niederfinow gibt es seit kurzem einen Konsum-Laden, der auf Initiative der ehrenamtlichen Bürgermeisterin Ute Peters-Pasztor entstand. Die Initiatorin freut sich darüber, wie gut das Projekt angenommen wird. »In den ersten Tagen gab es bereits einen regen Zulauf und immer wieder auch Hinweise darauf, was wir noch besser machen können«, sagt sie. »Der gesunde Konsum bietet ein umfangreiches Sortiment für eine gute Grundversorgung und dazu gesunde und regionale Naturprodukte.« Für die wöchentliche Lieferung von Bio-Produkten wie etwa frischem Obst und Gemüse oder Milchprodukten würden auch Vorbestellungen entgegengenommen, so die ehrenamtliche Bürgermeisterin weiter. Saft aus Hohenfinow und Wildfleisch direkt aus Niederfinow würden bislang am besten nachgefragt.

Zum Angebot werden darüber hinaus demnächst auch Postdienstleistungen gehören. Zudem kann an der »Niederfonower Pinnwand« kostenfrei annonciert werden – etwa, wenn et-

was verkauft werden soll oder Handwerksleistungen angeboten werden sollen. Eine kleine Bibliothek ist im Aufbau und auch ein Regal mit Dingen, die verschenkt werden, wird noch aufgebaut. Auf Termin sind auch Beratungen zu allgemeinen Fragen der Gesundheit sowie der gesunden Ernährung und Lebensweise möglich.

Im Konsum gibt es nicht nur Dinge des täglichen Bedarfs zu kaufen. Es wird zur Mittagszeit auch eine warme Mahlzeit angeboten. Der Bürgermeisterin schwebt mit ihrem Konzept also nicht nur eine einfache Verkaufsstelle vor. Vielmehr will sie einen Treffpunkt im Dorf etablieren, an dem Menschen zusammenkommen und sich austauschen können. »Den Treffpunkt haben wir schon, nun müssten auch noch die Wege nach Liebe und Hohenfinow hergerichtet werden«, erklärt sie.

»Der gesunde Konsum« in der Hebewerkstraße 111 in Niederfinow hat montags, dienstags und donnerstags von 8 bis 14 Uhr, mittwochs und freitags von 12 bis 18 Uhr und sonnabends von 7 bis 12 Uhr geöffnet. Mittag gibt es jeweils ab 11.30 Uhr.

Keine Flüchtlinge bei Max Bahr

Sonderposten-Marktkette Thomas Philipps will weiterhin kaufen

Eberswalde (bbp). Die Medienberichte über die »Flüchtlingsflut«, die in die BRD »strömt« und »über uns kommt« macht vielen Menschen Angst und schafft ein Klima in dem die Gerüchteküche brodet. Der Eberswalder Amtsleiter für Wirtschaftsförderung Dr. Jan König fühlte sich daher bemüßigt, in der Sitzung des städtischen Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen am 8. Oktober »aus aktuellem Anlaß« klarzustellen, »daß der ehemalige

Baumarkt Max Bahr in keine Flüchtlingsunterkunft umfunktioniert wird«.

Der Standort sei nach wie vor als Gewerbestandort für Thomas Philipps vorgesehen. Das Unternehmen habe dem Amtsleiter nochmals bestätigt, daß sich die Interessenlage nicht geändert habe. Sie möchten das Gewerbegebiet so schnell wie möglich kaufen. Die Verhandlungen seien bereits sehr weit fortgeschritten, so Dr. König.

Breitseite gegen Vereine

Die Liegenschaftsverwaltung des Amts Britz-Chorin-Oderberg hat den Mietern des Gemeindehauses Senftenhütte zum 31.12.2015 bzw. zum 31.3.2016, den Nutzern aber mit sofortiger Wirkung gekündigt.

Den Kultur- und Bildungsverein Alte Schule Senftenhütte e.V. trifft dies besonders hart, da es für die Nutzungsvereinbarungen, die dieser für seine Veranstaltungen bis zum Jahresende mit der Amtsverwaltung geschlossen hatte, keine Kündigungsfristen gibt und diese somit sofort wirksam werden.

So ließ die Amtsverwaltung dem Vorsitzenden des Kulturvereins am Vorabend der Veranstaltung am 30. September »Von Hexen und Knechten, Rittern und Knechten und korrupten Amtleuten - Sagen und Legend aus der Region« durch den Ortsvorsteher mitteilen, daß diese und alle weiteren geplanten Veranstaltungen des Vereins nicht durchgeführt werden können, weil dem Verein die Nutzung des Gemeindehauses untersagt sei. Als der Vorsitzende am nächsten Tag die Verantwortlichen im Amt darauf hinwies, daß die Absage der Veranstaltung, für die ja seit 14 Tagen geworben werde, technisch nicht möglich sei, wurde eine Ausnahme genehmigung erteilt.

Auch der Mietvertrag des Keramikhütte e.V. wurde gekündigt und bis zum Auszug wurde dem Verein die öffentliche Tätigkeit (Kindertöpferei und Weihnachtstöpferei) untersagt. Das ist ein anmaßender Eingriff in den bestehenden Mietvertrag seitens des Fachdienstleiters Liegenschaften im Amt BCO.

Die Kündigung des Mietvertrags des Shiatsi-Studios (zum 31.3.2016) ist nicht nur die Gefährdung eines Geschäftsbetriebs, sondern auch für die Patienten eine Belastung.

Die überraschenden Kündigungen werden damit begründet, das Gebäude werde in den Unterlagen der Unteren Bauaufsichtsbehörde des LK Barnim nur als Verkaufsstelle geführt und somit sei jede andere Nutzung unzulässig.

Einen Bescheid stellt dieses Schreiben allerdings nicht dar, es ist eine verwaltungsinterne Information, die der Ortsvorsteher auch nicht dem Vereinsvorsitzenden aushändigen durfte – so jedenfalls dessen Aussage.

Die Nutzung anderer Räumlichkeiten wurde den Vereinen von der Verwaltung nicht angeboten. Damit hat der seit dem Sommer 2013 andauernde Konflikt um den geplanten Verkauf und die Nutzung des Gemeindehauses in Senftenhütte (Gemeinde Chorin) einen neuen Höhepunkt erreicht.

Das Vorgehen der Amtsverwaltung Britz-Chorin-Oderberg ist skandalös.

Statt Probleme, die in Versäumnissen der Amtsverwaltung und fragwürdiger Aktenlage der UBAB wurzeln, mit den Betroffenen zu besprechen und gemeinsam nach Lösungen im Sinne der Bürger zu suchen, trifft man selbstherrliche Entscheidungen, die zu Lasten der Allgemeinheit gehen.

HARTMUT LINDNER

Agitatoren unterwegs

Eberswalde (bbp). Ende Oktober waren in der Ammonstraße, die an die Flüchtlings-Notunterkunft in der Eisenbahnstraße 100 grenzt, vier Männer von Haustür zu Haustür unterwegs und versuchten verdeckt rassistisch zu agitieren. Einer der Anwohner rief die Polizei, welche die Personalien der vier Männer feststellte, die in einem Fahrzeug mit Dresdner Kennzeichen unterwegs waren. Berichtet wird, daß auch in Schwedt nach der Eröffnung der dortigen Notunterkunft ein solches Vorgehen festgestellt wurde. Dies sei mittlerweile Standard bei den Nazis.

Kein Platz für Fremdenhaß

Prenzlau (bbp). Zum 14. November soll es in Prenzlau eine Demo unter dem Motto »Prenzlau wehrt sich gegen Asylheime« geben. In der rechten Szene werde in Ostbrandenburg und in Mecklenburg-Vorpommern kräftig mobilisiert, heißt es. Mehr als 600 Rechte hätten bereits ihr Kommen zugesagt.

Das Bunte Bündnis couragiertes Prenzlau ruft zur Gegendemo »Buntes Prenzlau - kein Platz für Fremdenhaß« auf. Die Veranstaltung soll am 14. November ab 17 Uhr an der Prenzlauer Marienkirche beginnen. Das Bündnis ist dabei einen bunten Abend mit Redebeiträgen der Verantwortlichen aus Politik und Öffentlichkeit, und mit kulturellen Einlagen auf die Beine zu stellen. Gegen die kalten Füße wird Tee und Suppe da sein.

Nazi-Konzert unterbunden

Finowfurt (ipr). Vor zwei Monaten, am 12. September, hat es in Finowfurt seit langem mal wieder den Versuch gegeben, ein Rechtsrockkonzert durchzuführen. Das Konzert sollte auf dem Grundstück der Familie Mann stattfinden. Die Gemeinde Schorfheide untersagte die Veranstaltung. Rechtsmittel wurden dagegen nicht eingelegt.

Als Veranstalter soll der Veltener NPD-Stadtverordnete Robert Wolinski aufgetreten sein. Als Band war die rechte Hooltruppe und HoGeSa-Unterstützerin »Kategorie C« angekündigt worden. Um der zu erwartenden Verbotsverfügung auszuweichen, war bei der Polizei eine politische Veranstaltung mit musikalischer Umrahmung angemeldet worden. Die Polizei spielte da aber nicht mit. Man sah hier eine Konzertveranstaltung, die lediglich von politischen Reden unterbrochen werden sollte und schickte die Anmeldung an die Gemeinde. Die untersagte das Konzert. Zwei Tage vor dem Konzert soll dann Robert Wolinski seine Anmeldung zurückgezogen haben.

Bereits 2013 wollte »Kategorie C« in Finowfurt bei den Manns auftreten. Das erst unter Auflagen genehmigte Konzert wurde vom Veranstalter zuerst verlegt und dann von der Gemeinde Schorfheide verboten. Das Verbot hatte auch vor den Gerichten bis hin zum Verfassungsgericht bestand.

Kleiderkammer braucht Hilfe

Die »Kleiderkammer für Flüchtlinge« in der Eberswalder Eisenbahnstraße 84 öffnet seit Ende Oktober zu regelmäßigen Zeiten, das ist großartig! Aber um das weiterhin zu gewährleisten, sind wir immer wieder aufs Neue auf ehrenamtliche Helferinnen und Helfer angewiesen. Wir versuchen gerade, eine feste Teilzeitstelle einzurichten, um die Strukturen weiter zu professionalisieren. Aber das dauert; vor Januar 2016 wird es bestimmt keine ausfinanzierte Stelle geben. Und auch dann geht es nicht ohne ehrenamtliche Hilfe. Daher ist es besonders toll, daß sich Heike und Jonathan bereit erklärt haben, jeweils abwechselnd an den Öffnungstagen anwesend zu sein und für einen möglichst reibungslosen Betrieb der Kleiderkammer zu sorgen. Dafür Danke, auch allen anderen Helferinnen und Helfern! Daher bitte helfen, macht mit! (Kontakt: 0163 0813 296 oder kleiderkammer@kirche-bamim.de).

In der ersten Stunde werden die gespendeten Kleider sortiert. Danach öffnen wir die Kleiderkammer für zwei Stunden. Ich freue mich, daß auch einige Flüchtlinge immer mal wieder gern mitmachen und Kleidung sortieren. Es sind auch ein paar Profis dabei, die in Syrien einen eigenen Klamottenladen hatten. Das ist die beste Integrationsarbeit für alle!

TINO KOTTE

Bedarfsliste Kleiderkammer, Stand 5.11.:

Besonders für kleinere Männer und Kinder werden gesucht: warme Sachen (Schlafanzüge, Socken und Schuhe, Hosen, Pullover, Mützen, Schals, Handschuhe, Winterjacken) sowie T-Shirts und langärmelige Shirts. Verstärkt werden große Reisetaschen, Koffer und Rucksäcke (verschießbar, aber nicht unbedingt abschließbar, keine Damenhandtaschen bitte) nachgefragt, aber auch Wolldecken werden gern mitgenommen. Außerdem suchen wir bis zum 12.11. noch stabile Kleiderbügel und Hosenbügel!

Polizeirevier als Flüchtlingsquartier?

Eberswalde (cz/bbp). Nach einem der derzeit in Eberswalde umlaufenden Gerüchte soll das derzeit noch von der Polizei genutzte Gebäude in der Pfeilstraße Flüchtlingsunterkunft werden. CARSTEN ZINN von der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde nutzte am 15. Oktober im Rahmen der Beratung des Bürgermeisters mit den Fraktionsvorsitzenden die Gelegenheit, beim Friedhelm Boginski nachzufragen, was an dem Gerücht dran ist. Boginski informierte, daß die Stadtverwaltung die Kreisverwaltung für diese Immobilie als Möglichkeit zur Unterbringung von Flüchtlingen sensibilisiert habe. Die Immobilie befindet sich derzeit im Besitz des Landes Brandenburg und die Polizei zieht erst zum Jahresende ins Behördenzentrum nach Südend um. Daher ist noch keine abschließende Entscheidung gefallen. Es wäre allerdings anzustreben, einen langen Leerstand zu vermeiden, der erfahrungsgemäß Vandalismusschäden begünstigt.

Dank an Helfende

Eberswalde (bbp). Mit Stand vom 6. November »ist der Einzug in die Eisenbahnstr. stark angestiegen. Auch die Turnhalle ist mit Asylbewerbern belegt worden. In der Ossietzkystraße wurden ebenfalls die ersten Zimmer belegt.« Das berichtet Mario Drechsler, der von der Hoffnungstaler Stiftung Lobetal als Leiter der beiden Notaufnahmeunterkünfte in Eberswalde eingesetzt wurde. Unter den vielen Gästen in den beiden Einrichtungen sind auch viele Kinder, sagt Mario Drechsler. »So können wir viele Dinge gebrauchen die Kinder betreffen. Wie zum Beispiel Bekleidung, Spielsachen, Kinderwagen und ähnliches. Der Bedarf ist weiterhin sehr hoch.«

Drechsler weist darauf hin, daß alle, die sich ehrenamtlich engagieren, einen Ehrenamtsvertrag abschließen sollten. Dies sei wichtig, um in den Versicherungsschutz zu kommen.

»Bei der Essenversorgung bleibt es weiterhin sehr lebhaft. Es stellt sich heraus, daß das Frühstück und die Mittagsmahlzeiten in einer eher ruhigen Atmosphäre verlaufen. Bei dem Abendbrot ist das etwas anders. Viele nutzen die Mahlzeit auch für eine geselliges Zusammensein. So sind immer viele Menschen gleichzeitig im Keller.«

Demnächst werden in der Eisenbahnstraße die Notbetten gegen richtige Betten ausgetauscht. Auch Schränke sollen den Asylbewerbern zu Verfügung gestellt werden. »Das wird ein anstrengender Tag«, so Drechsler. »Notbetten raus, neue Betten zusammenbauen und aufstellen. Sicher werden wir die Bewohner integrieren.« Auch die Kreisverwaltung werde Arbeitskräfte zu Verfügung stellen. Weitere Helfer seien aber dennoch gern gesehen. Mario Drechsler dankt allen für ihre anhaltende Hilfsbereitschaft.

»So geht das Leben weiter und wir werden auch noch weiter Herausforderungen haben und mit Ihrer Hilfe dann auch bewältigen.«

Ein weiters Gerücht wurde von Bürgermeister Boginski sofort demontiert. Im OSZ II im Leibnizviertel werde weder in den Schulgebäuden noch in der Turnhalle eine Unterbringung von Flüchtlingen erfolgen.

Baudezernentin ANNE FELLNER informierte anschließend über neue Möglichkeiten durch das seit 1. November geltende »Asyl-Beschleunigungsgesetzes«. Darin enthaltene »Entschärfungen im Baurecht« ermöglichen künftig die Unterbringung von Flüchtlingen auch in Sondernutzungs- und Gewerbegebieten. In Eberswalde sieht die Baudezernentin u.a. im Gewerbegebiet Kranbau eine solche Möglichkeit.

Die Erste Grundstücksverwaltungsgesellschaft Morgerstern GbR Karlsruhe hat ihre unternehmenseigene Immobilie, das sog. »Quartier unter den LINDEN« in der Oderberger Straße, dem Brandenburger Innenministerium zur Erstaufnahme von Flüchtlingen angeboten. Dies wird seitens der Stadtverwaltung nicht befürwortet.

Zahlen und Fakten zum Thema Flüchtlinge:

Die Menschen im Barnim schaffen das

Eberswalde (bbp). Die Barnimer Sozialdezernentin SYLVIA ULONSKA, zuständig auch für Ausländer und Flüchtlinge, stellte kürzlich neue Zahlen aus ihrem Arbeitsbereich vor. Im Land Brandenburg mit einer Bevölkerung von ca. 2,5 Mio Einwohnern wohnten demnach im November letzten Jahres 55.562 Ausländerinnen und Ausländer. Im Landkreis Barnim mit 174.833 Einwohnern waren es 4.031 Menschen, das sind 2,3 Prozent, was etwa dem Landesdurchschnitt entspricht.

Von den 4.031 Ausländern im Landkreis Barnim kommen die meisten, 1.668 Personen, aus Ländern der Europäischen Union. Eine Aufenthaltsgenehmigung oder Duldung haben 1.078 Menschen, was 0,59 Prozent der Barnimer Bevölkerung entspricht. Im September 2015 bekamen 1.160 Personen im Landkreis Barnim Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Die Zahl der für den Landkreis Barnim zugewiesenen Flüchtlinge weist eine beachtliche Entwicklung auf. Waren es 2011 und 2012 noch 55 bzw. 86 Personen, stiegen die Zahlen schon in den beiden Folgejahren auf 224 und 440 Personen. Für das Gesamtjahr 2015 werden aktuell 2.100 Personen erwartet, doppelt so viele wie noch Mai des Jahres prognostiziert. (Neueste Zahlen von Anfang November sprechen gar von 2.700 Personen im Jahr 2015.)

Hinzu kommt als Notunterkunft die ehemalige Schule in der Eisenbahnstraße 100 in Eberswalde mit 200 Plätzen.

Die Wohnverbünde mit 644 Plätzen befinden sich in:

- Zepernick: 44
- Eberswalde (Schwärzese): 45 + 100 geplant
- Eberswalde (Spreewaldstraße): 30
- Eberswalde (Potsdamer Allee): 100 geplant
- Eberswalde (Coppistraße): 50 geplant
- Oderberg: 80
- Liepe: 30 geplant
- Lichterfelde (Buckow): 45
- Lobetal: 26
- Basdorf: 54 + 40 geplant

Zahlreiche Beratungsstellen widmen sich den Anliegen von Flüchtlingen:

Im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde sind es der Bund der Vertriebenen (Schorfhei-

Schule, bei der Gestaltung des Tages und bis zum Erklären des sparsamen Umgangs mit Ressourcen, der Mülltrennung und nicht zuletzt zu Fragen von Gesundheit und Hygiene.

Über die Lage und Ausstattung der neuen Wohnungen wird in Absprache mit dem Grundsicherungsamt entschieden. Bei der Vorbereitung für die Unterbringung in eine Wohnung erfolgt zunächst eine medizinische Untersuchung durch das Gesundheitsamt. Schulpflichtige Kinder werden in der Schule angemeldet, es erfolgt eine Schuleingangsuntersuchung. Die Kreisvolkshochschule bietet Deutschunterricht für Erwachsene an. Die persönliche Situation und der Hilfebedarf der teilweise traumatisierten Menschen muß ermittelt werden. Im Rahmen der sozialen Betreuung in der Übergangseinrichtung werden die notwendigen Alltagskompetenzen für das Leben in Wohnungen geübt. Ambulante Sozialbegleiter helfen weiterhin bei der Neuanmeldung zu Strom, Wasser, Gas und bei der Kontaktaufnahme zu Behörden und Ämtern. Von Vorteil ist die Bildung von Patenschaften für Flüchtlinge und die soziale Begleitung und Betreuung des Übergangs vom Heim in die Wohnung.

Der Sprachunterricht für Flüchtlinge ist die Hauptvoraussetzung für die Integration in Ausbildung und Arbeit. Daher wird die Unterbringung von Flüchtlingen zukünftig mit dem Schwerpunkt Arbeitsmarktintegration und Beschäftigungsförderung verbunden. Dazu gehört auch die Schaffung von Aus- und Weiterbildungszentren unter Einbeziehung vorhandener Kapazitäten für Ausbildung an den Oberstufenzentren sowie der Aufbau eines Netzwerkes Wirtschaft über die kreisliche Wirtschaftsfördergesellschaft WITO.

Eine Arbeitserlaubnis wird bei entsprechendem Aufenthaltstitel gewährt, nicht jedoch vor Ablauf von 3 Monaten nach Stellung des Asylantrages. Der Aufenthaltstitel wiederum ergibt sich aus der Einschätzung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Der gewährte Schutzstatus kann folgende Qualitäten haben: Asylberechtigung, Flüchtlingsschutz, subsidiärer Schutz und schließlich (mit dem geringsten Schutz) das Abschiebungsverbot.

Eine wichtige Unterstützung für die Integration der Flüchtlinge und Ergänzung der fachlichen Begleitung sind die Willkommensinitiativen und das ehrenamtliche Engagement der Bürger in Eberswalde, Lobetal, Wandlitz, Ahrensfelde, Panketal, Joachimsthal, Finowfurt, Groß Oderberg, Schönebeck, Bernau, Basdorf (Willkommensinitiative in Gründung) und in Biesenthal.



FOTO: JOHANNA JOHNE

Die im Mai beschlossene Konzeption zur Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen im Landkreis Barnim sieht vor, daß die Menschen vorübergehend in Übergangseinrichtungen und Wohnverbünden untergebracht werden sollen, wo die Flüchtlinge mit einer Bleibeperspektive die Voraussetzungen für das Leben in einer dezentralen Wohnung erlernen.

Mit Stand Oktober waren kreisweit folgende Unterbringungskapazitäten vorhanden oder geplant: Übergangwohnheime 929 Plätze, Notunterbringung 200 Plätze, Wohnverbünde 644 Plätze, in Wohnungen 459 Plätze (Gesamt: ca. 2.232 Plätze).

Die 929 Plätze in Übergangwohnheime sind wie folgt im Landkreis verteilt:

- Joachimsthal: 90 + 25 geplant
- Althüttendorf: 100
- Wandlitz: 133 + 30 geplant
- Oderberg: 80
- Eberswalde (Haus der Toleranz in Finow): 94
- Eberswalde (Ossietzky-Str.): 104 geplant
- Bernau-Waldfrieden: 160 geplant
- Bernau-Forstschule: 113 geplant

destr. 13) sowie die die Hoffnungsthaler Stiftung Lobetal und die Johanniter Unfallhilfe (beide im Vereinshaus in der Havellandstr. 15). Der Kontakt e.V. bietet außerdem in der Bergerstraße 17 Beratung an. In Bernau ist es der Migrationsfachdienst der Hoffnungsthaler Stiftung Lobetal (Orionstraße 10), der sich der Flüchtlinge annimmt. Natürlich nicht zu vergessen: die Kreisverwaltung Barnim mit der Beauftragten für Gleichstellung, Migration & Integration, sowie die Ausländerbehörde. Die soziale Betreuung und Begleitung übernehmen perspektivisch: 6 Heimleiter, 8 Sozialarbeiter, 9 Sozialbegleiter und technische Kräfte. Dazu gibt es Schwerpunktberatungsstellen in den Mittelzentren sowie ein ambulantes Team.

In Frage kommende Wohnungen werden durch den Landkreis angemietet und ausgestattet. Der Umzug selbst wird begleitet – dabei kommt es vor allen Dingen auf die sozialen und sprachlichen Hilfestellungen an, die sich in verschiedensten Lebensbereichen ergeben. Das fängt bei der Hilfe zur Kontoeröffnung an, beim Einhalten von Terminen, beim Kennenlernen des Umfeldes, bei Fragen zu Kita und

Diese Zahlen haben die Eigenschaft, daß die folgende Zahl immer die Summe aus den beiden vorhergehenden ist. Wenn man also die 12. Fibonacci Zahl ausrechnen will, dann bildet man die Summe aus der 10. und 11., daraus ergibt sich 144. Will man eine sehr große Fibonacci Zahl berechnen, dann ist diese Vorgehensweise ein Nachteil, weil man alle vorhergehenden Zahlen berechnen muß. Es gibt aber eine direkte Formel zur Berechnung der Fibonacci Zahl. Diese enthält merkwürdigerweise Summen der irrationalen Zahl *Wurzel aus 5* und Potenzen größer als 3. Sie liefert aber eine ganze Zahl, die gewünschte Fibonacci Zahl.

Fibonacci Zahlen kommen in der Natur vor, und sie werden in der Kunst in der Technik und in der Mathematik angewendet. Dazu betrachten wir einige Beispiele.

Das allererste Beispiel stammt von FIBONACCI selbst. Jemand sperrt ein Kaninchenpaar in ein Gehege ein, um zu erfahren, wie viele Nachkommen es erzeugen kann, wenn folgende Regel eingehalten wird: Jedes Kaninchenpaar bringt monatlich ein neues Paar zur Welt, und ist dann ab zweitem Monat nach der eigenen Geburt gebärfähig. Das Sterben eines Kaninchens wird ausgeschlossen. Die Anzahl der

www.bar-blog.de

Willkommen in Bernau

Zunächst war es nur ein auf Initiative des Netzwerks für Weltoffenheit einberufenes informelles Treffen von Bürgern, die bei der Betreuung von Asylbewerbern helfen wollen.

Als am 28. Oktober ein drittes Treffen stattfand, zählte die Liste derer, die bei der Initiative mitmachen wollen, bereits 77 Namen, aus allen Generationen. Die Anwesenden gaben ihrer Initiative einen Namen. Sie wird ab sofort als »Willkommen in Bernau - Initiative zur Entwicklung der Willkommenskultur« tätig sein.

Diesmal ging es um die konkrete Vorbereitung der Begrüßung der ersten Asylbewerber, die voraussichtlich Mitte November in Bernau-Waldfrieden ihre Unterkunft beziehen werden. Man war sich einig, daß den Neubürgern Bernaus ein herzliches Willkommen bereitet werden soll, wozu auch ein kleines Willkommenspräsent und die Überreichung von Brot und Salz als symbolischer Gruß gehören werden.

Begrüßt wurde, daß die Stadt Bernau auf Antrag des AWO-Kreisverbandes einen Zuschuß für die stundenweise Koordinierung der Initiative bewilligt hat. Diese Tätigkeit wird Frau Eva Maria Rebs, Leiterin des AWO-Treffs in Bernau übernehmen.

Wer mithelfen will, den Flüchtlingen in Bernau beim Start in ein neues Leben zu helfen, ist jederzeit willkommen und kann sich unter willkommensinitiative@awo-kv-berna.de bzw. telefonisch unter (03338) 7066597 melden.

MARGOT ZIEMANN

Die Fibonacci Zahlen

Ein Forschungsthema auch nach 800 Jahren

Zunehmend wird in populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen über Fibonacci Zahlen berichtet. Man kann sie wie folgt erklären, 1, 1, 2, 3, 5, 8, 13, 21, 34, 55, 89, ... sind die ersten 11 Fibonacci Zahlen. Es gibt unendlich viele davon.



FOTO: ULRICH POFAHL

Dieses Foto ist vom 4.11.2015. die rechte und linke Spiralstruktur der Blüten und der darunter liegenden Sonnenblumenkerne ist zu erkennen. Um die genaue Anzahl der rechts- und linksdrehenden Spiralen zu zählen ist die Zerstörung der Blüte nötig.

Kaninchenpaare beträgt dann nach dem 1. Monat 1, nach dem 2. 2, nach dem 3. Monat 5 usw. Dann setzte Fibonacci noch eine 1 an den Beginn der Folge. So entstand die *Fibonacci Folge*. Sie wurde erstmals im Jahre 1202 von Fibonacci in Pisa (das hat nichts mit der Pisa Studie zu tun) aufgeschrieben. Sein Name war Leonardo, der filius (also Sohn) Bonaccis. Daraus wurde dann Fibonacci. Im 12. und 13. Jahrhundert betrieb die Stadt Pisa einen umfangreichen Seehandel im Mittelmeer. Fibonacci war der Handelsbevollmächtigte von Pisa und siedelte in dieser Eigenschaft zunächst nach Algier um, wo er seine mathematische Ausbildung, stark geprägt von den Arabern, erhielt. In seiner Funktion führten ihn dann weitere Reisen nach Ägypten, Syrien, Griechenland, Sizilien und Frankreich. Bei seinen Reisen war er stets bestrebt seine mathematischen Kenntnisse zu erweitern. Er veröffentlichte 1227 ein Buch mit zahlreichen Mathematikaufgaben. Eine davon war die Aufgabe mit den Kaninchenpaaren. Sein Buch war danach in Westeuropa stark verbreitet, und dessen Bedeutung hielt noch einige Jahrhunderte an. Erstmals wurden durch dieses Buch die arabischen Ziffern in Europa bekannt.

Die wichtigste Anwendung in der Technik haben die Fibonacci Zahlen in der Suchtheorie, welche im 2. Weltkrieg für militärische Zwecke entwickelt worden ist. Zur Veranschaulichung betrachten wir einmal ein nicht militärisches Beispiel anhand folgender Aufgabe: Ein Kfz fährt eine vorgegebene Strecke mit Hindernissen und wechselnden Straßenverhältnissen mit konstanter Geschwindigkeit. Dann wird in den nächsten Versuchen diese konstante Geschwindigkeit gleichmäßig schrittweise erhöht. Bei jedem Durchlauf dieser Strecke durch das Kfz wird der Kraftstoffverbrauch für diese Strecke gemessen. Mit der steigenden Geschwindigkeit des Kfz sinkt die-

ser zunächst bis zum Erreichen eines Minimums, danach steigt er wieder mit höher werdender Geschwindigkeit an. Bei welcher Geschwindigkeit erreicht man dann den minimalen Kraftstoffverbrauch? Bei dieser Meßreihe entsteht ein hoher Aufwand. Wenn diese Meßstellen auf Grundlage einer Fibonacci Folge angeordnet sind, dann kommt man am schnellsten zum gewünschten Minimum. Oft sind diese Anwendungen komplizierter. Es geht dann nicht mehr um den Kraftstoffverbrauch eines einzelnen Kfz sondern um das Minimum bei der Steuerung ganzer Chemieanlagenkomplexe, das dann schnell gefunden werden muß.

Ein bekanntes Beispiel aus der Architektur ist das Alte Rathaus in Leipzig. Dessen Turm teilt die Vorderfront im Verhältnis des goldenen Schnitts (Verhältnis von kleinem zu großem Teil ist das gleiche wie vom großen Teil zur Summe aus beiden Teilen), welcher ebenfalls auf Fibonacci Zahlen zurückzuführen ist. Bildet man nämlich den Quotienten aus zwei benachbarten Zahlen der Fibonacci Folge, so nähert sich dieser Wert mit steigender Fibonacci Zahl immer mehr dem Verhältnis des goldenen Schnitts an. Übrigens kann man selber nachmessen, das Verhältnis Abstand Ellenbogen/Fingerspitzen zu Abstand Ellenbogen/Handgelenk ist ebenfalls ein goldener Schnitt. Damit wären wir beim Vorkommen der Fibonacci Zahlen in der Natur.

Die interessantesten Beschreibungen finden sich bei Korbblütlern. Betrachten wir einmal eine Sonnenblume. Deren Samen, die Sonnenblumenkerne sind spiralförmig angeordnet. Nun kann man aber rechts- und linksdrehende Spiralarms beobachten. Interessant ist nun, daß die Anzahl der rechtsdrehenden Spiralen und die Anzahl der linksdrehenden Spiralen jeweils benachbarte Zahlen aus der Fibonacci Folge sind. Diese Erkenntnis ist nicht neu, es gibt sie schon seit 1830. In jüngster Zeit konnte gezeigt werden, daß die rhombenförmigen Sonnenblumenkerne deshalb spiralförmig angeordnet sind, weil diese Form die maximale Sonnenenergie zuführt.

Bemerkenswert ist noch, daß zwei Mathematiker an der Humboldt Universität zu Berlin im Jahre 2009 zeigen konnten, das die spiralförmigen Anordnungen der Sonnenblumenkerne mathematisch zu begründen ist. Vergleiche mit dem Keplerschen Problem der optimalen Packungsdichte bieten sich an.

Nachzutragen bleiben noch Anwendungen der Fibonacci Folgen bei der Charttechnik im Finanzingenieurwesen. Diese sind mitunter erfolgreich, lassen sich jedoch mathematisch nicht begründen.

Dr. ULRICH POFAHL

Fortsetzung eines Artikels aus dem Jahr 2002:

Vereint ins Mittelfeld abgerutscht

Die 250. Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« sollte ein Anlaß sein, auch einmal über ein Problem zu schreiben, was bereits in der Vergangenheit in der BBP behandelt worden ist. Wir haben im Jahre 2002 über die Ergebnisse deutscher Schüler bei den internationalen Mathematikolympiaden berichtet (BBP 6/2002).

Jahr	Ort	Teilnehmer	BRD	1. Platz	2. Platz	3. Platz
2001	Washington D.C.	83	14	China	Rußland/USA	
2002	Glasgow	84	10	China	Rußland	USA
2003	Tokio	82	17	Bulgarien	China	USA
2004	Athen	85	25	China	USA	Rußland
2005	Merida (Mex.)	91	12	China	USA	Rußland
2006	Ljubljana	90	4	China	Rußland	Südkorea
2007	Hanoi	93	15	Rußland	China	Südkorea/Vietnam
2008	Madrid	97	20	China	Rußland	USA
2009	Bremen	104	9	China	Japan	Rußland
2010	Astana	97	9	China	Rußland	USA
2011	Amsterdam	101	11	China	USA	Singapur
2012	Mar del Plata (Arg.)	100	31	Südkorea	China	USA
2013	Santa Marta (Kolum)	97	27	China	Südkorea	USA
2014	Kapstadt	101	16	China	USA	Taiwan
2015	Chiang Mai (Thailand)	104	27	USA	China	Südkorea

Heute wollen wir dieses Thema erneut aufgreifen und über die nachfolgenden Resultate berichten. Diese sind in der Tabelle dargestellt. Bezugnehmend auf unseren vorhergehenden Artikel und den dortigen Tabellen kommen wir zu folgenden aktuellen Schlußfolgerungen:

Durch die Zunahme der Teilnehmerländer wird ein Vergleich der Plazierungen schwierig. Alle Teilnehmer werden von Universitäten und Hochschulen auf die Mathematikolympiade vorbereitet. Es erfolgt eine systematische Suche nach förderwürdigen Schülern, in der BRD beispielsweise durch den Bundeswettbewerb Mathematik.

Aus den Rangfolgen der Teilnehmerstaaten ist sicherlich ablesbar, daß aufgrund der höheren Einwohnerzahlen der asiatischen Länder größere Auswahlmöglichkeiten bestehen, was dann zu einer größeren Erfolgswahrscheinlichkeit führt. Ein Vergleich mit dem Fußball, bei dem die BRD den aktuellen Weltmeister stellt, sollte nicht getätigt werden, weil Fußball ein Investment darstellt.

Zusätzlich kann aus eigenen Beobachtungen eines der Autoren in den ost- und südasiatichen Ländern eine Erziehung der Jugendlichen zu Konzentration, Exaktheit und zur gei-

stigen Disziplin bezeugt werden, was einen Vorteil gegenüber den Jugendlichen aus europäischen Ländern darstellt. In den europäischen Ländern gelten Ehrgeiz, Streben nach hohem Wissen und Können eher als eine negative Eigenschaft unter den Jugendlichen.

Es war von einem der Autoren auch zu beobachten, das Kinder aus asiatischen Migrationsfamilien in den Schulklassen zu den leistungsmäßig besseren Schülern gehören und häufig bessere Deutschkenntnisse aufweisen als gleichaltrige deutsche Schüler. Eine Ausnahme dazu machen häufig noch muslimische Kinder, die sich der deutschen Sprache verweigern, und dadurch auch in anderen Fächern größere Defizite aufweisen.

Um bei der Internationalen Mathematikolympiade wieder Spitzenleistungen in den europäischen Ländern zu erreichen, sind Spezialklassen für Mathematik, so wie es sie im Sport, in der Kunst und Akrobatik und in der Musik gibt, notwendig. In der BRD gibt es solche Spezialklassen für Mathematik. Es gibt dabei auch Erfolge, aber diese reichen nicht, um wieder eine führende Rolle einzunehmen.

HANS JÜRGEN BULL und
Dr. ULRICH POFAHL

Neue Entgeltordnungen in Eberswalde

Nutzung von Museum, Bibliothek, Tierpark und Familiengarten soll teurer werden

Eberswalde (bbp). Die Kultur- und Freizeitangebote der Stadt Eberswalde sollen im nächsten Jahr zum Teil deutlich teurer werden. Seit dem Sommer gelten bereits für die Schwimm- und Sporthalle in Westend höhere Eintrittspreise. Im Dezember sollen die Stadtverordneten auch grünes Licht für höhere Entgelte und Gebühren im Museum, in der Stadtbibliothek sowie im Familiengarten und im Tierpark geben. Bereits am 3. November informierte der Sozialdezernent Bellay Gatzlaff im Ausschuß für Kultur, Soziales und Integration (AKSI)

über die Pläne. Am 12. November will er darüber auch den Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen (AWF) informieren. Die entsprechenden Beschlußvorlagen sollen allerdings erst im Dezember vorliegen und zusammen mit dem Haushalt noch im gleichen Monat beschlossen werden. Neben AWF (3.12.) und AKSI (9.12.) wird dann auch der Hauptausschuß (10.12.) zu den Preiserhöhungen beraten, bevor am 17.12. die Stadtverordnetenversammlung beschließt. Eine Beteiligung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport ist nicht geplant.

Bündnis 90/Die Grüne Barnim: Umweltpreis 2015

Am 30. Oktober haben Bündnis 90/Die Grünen den diesjährigen Barnimer Umweltpreis verliehen. Es war die 20. Preisverleihung für Umweltschützer und Initiativen in Folge.

Auch diesmal standen 750 Euro zur Verfügung, die der Stadtverordnete Andreas Fennert und der Sprecher des Regionalverbands Oberbarnim, Karl-Dietrich Laffin, zusammen mit den Ehrenurkunden überreichen.

Mit dem 1. Preis, verbunden mit einer Prämie in Höhe von 300 Euro, wird der Naturschützer ANDREAS KRONE aus Biesenthal ausgezeichnet. Seit mehr als 30 Jahren ist der Amphibienfachmann ehrenamtlich mit großem Einsatz für den Schutz von Fröschen, Kröten und Unken, für den Erhalt und die Wiederherstellung von Kleingewässern und Feuchtgebieten und für die Umweltbildung aktiv. Jedes Frühjahr organisiert er die Aufstellung und Betreuung von Krötenzäunen entlang von Barnimer Straßen und bringt gemeinsam mit vielen Helfern tausende Lurche sicher von einer Seite auf die andere. Eine von vielen weiteren Aktivitäten von Andreas Krone ist die Betreuung des Schutzgebietes Biesenthaler Becken unter dem Dach des NABU. Hier organisiert er Arbeitseinsätze, z.B. zur Wiesenmahd, und bietet regelmäßig naturkundliche Führungen an.

Den 2. Preis und eine 250 Euro Prämie erhält der Solarbootverein Berlin-Brandenburg e.V. mit Sitz in der Gemeinde Schorfheide. Die Frauen und Männer um den Vereinsvorsitzenden Prof. HARTMUT GINNOW-MERKERT haben sich auf die Fahnen geschrieben, den Umstieg auf die erneuerbaren Energien voranzubringen und vor allem Jugendliche dafür zu begeistern. Bereits im 5. Jahr organisierte der Verein zu diesem Zweck eine Solarbootregatta auf dem Werbellinsee. Neben Teilnehmern aus der BRD wetteiferten sogar Boote aus Holland und Polen um den Sieg. Im September diesen Jahres stellten die Solaraktivisten erstmals eine Regatta im Zentrum von Eberswalde auf die Beine, umrahmt von einem Hafenfest.

Mit dem 3. Preis und einer Prämie in Höhe von 200 Euro wird die Initiative »Bürgergut Bömnice« geehrt. Die Initiatoren des Bürgergutes um LUDWIG SEEGER haben es mit Beharrlichkeit geschafft, einen Hektar Ackerland von der BVVG zu erwerben. Hier wollen sie eine bürgergetragene Landwirtschaft betreiben, bei der Menschen und Verbraucher wieder enger an die Erzeugung von gesunden Lebensmitteln herangeführt werden. In Kürze kommen 50 Obstbäume in die Erde und gemeinsam mit dem Regionalpark Barnimer Feldmark wird ein Heckenstreifen angelegt. Spaziergänger und die Kinder aus dem Waldkindergarten Bernau bestaunen bereits die 9 Sattelschweine, die im Freien umher laufen und den Boden für die kommende Nutzung vorbereiten.

KARL-DIETRICH LAFFIN

Permanent werden Reformen auf verschiedensten Gebieten – oft gegen jede Vernunft und unter Mißachtung überzeugender Argumente – mit Gewalt durchgesetzt, um dann – die Argumente sind stärker! – wieder scheinweise aufgehoben und korrigiert zu werden. Jeder hat inzwischen gemerkt, daß die sog. Polizeireform ein Flop war und daß die Schulreform nicht funktioniert. Jüngstes Beispiel ist die Managementplanung Natura 2000 im Biosphärenreservat Schorfheide, die von Fachleuten als unvorstellbarer Unfug bezeichnet wird (MOZ vom 24.09.2015) Wer in einem Dorf lebt, der sollte möglichst nicht krank werden, denn der Weg zu Arzt und Apotheke ist weit! Manchmal ist es sogar ein Problem, Geld vom eigenen Konto abzuheben, denn auf dem Dorf gibt es nicht einmal mehr einen Geldautomaten. Der rechnet sich nicht! Wohl dem, der Kinder und Enkel hat, die gut versorgt sind! Wer dieses Glück nicht hat und seine Kinder nicht belasten will, der sollte, angesichts der üblich schwindelerregenden Friedhofsgebühren, besser auf das Sterben verzichten!

Ein Kabinettsstück der Landesregierung ist die bevorstehende Verwaltungsstrukturreform, die gegen alle Widerstände mit Gewalt durchgesetzt werden wird, obwohl bereits die vorherige Reform keine Effektivität – etwa Einsparung von Geld oder verbesserte Dienstleistungen für die Bürger – gebracht hat.

Sollen wir die Landesregierung für derlei Aktionismus, fernab jeder demokratischen Legitimation, feiern?

Es ist wahrlich keine Leistung, die man feiern kann, wenn sich, geködert mit Millionen Förderung aus Steuergeld, Unternehmen rund um Berlin angesiedelt haben. Ein Standort in Steinwurfweite von der Hauptstadt ist nun mal für viele Unternehmen günstig, ja unverzichtbar. Trotzdem hat sich eine stattliche Zahl von Unternehmen wieder verabschiedet, kaum daß die Fördermittel verbraucht waren. Man zieht einfach weiter, um woanders erneut Fördermittel «abzujreifen». Der Minister kommt gern per-

Gedanken zu einem Bürgerfest in Potsdam (Teil 2)

25 Jahre Land Brandenburg

von Johannes Madeja

Am 26. September hat sich die Landesregierung gefeiert. Sich und damit die Parteien, die für den derzeitigen Zustand des Landes verantwortlich sind. In Teil 1 fragten wir, was denn konkret zu feiern war...

sönlich zum Sektempfang – man gönnt sich ja sonst nichts – übergibt öffentlichkeitswirksam den Fördermittelbescheid und macht gleich noch ein bißchen Wahlwerbung.

Was gibt es da zu feiern?

Die Landesregierung ist unfähig, den Fortgang des Kahlschlages im industriellen Bereich zu stoppen. Selbst bei einem Bundesunternehmen wie dem RAW in Eberswalde wird das Firmenlegen – trotz guter Auftragslage – konsequent fortgesetzt und die Landesregierung ist untätig und machtlos.

Was sollen die Bahnwerker feiern? Statt dessen gibt es weitere Mahnwachen!

Die Fehlleistungen der Landesregierung sind jedoch nicht auf die Industrie beschränkt! Landwirte beklagen zu Recht, daß ihnen die Landesregierung ihr Pachtland an meistbietende Bodenspekulanten verscherbelt. Sie haben keine Chance, das Land selbst zu kaufen!

Es tönt landauf und landab, daß man nur gut ausgebildet sein muß, um hier in Brandenburg gut leben zu können und eine Zukunft zu haben. In Wahrheit schützt nicht einmal ein abgeschlossenes Studium vor Arbeitslosigkeit. Selbst Master (Diplom haben wir abgeschafft!) mit Dorktorhut müssen sich oft genug mit zeitlich begrenzter »Projektarbeit« ihre Brötchen verdienen und nicht alle haben das Glück, irgendwann einmal fest angestellt zu werden. Es bleibt ihnen oft nur der Weg in den »richtigen Westen« oder ins Ausland und viele gehen ihn, oft widerwillig, aber was denn sonst? Ihre Kinder sind dann natürlich auch keine geborenen Brandenburger! Jedenfalls waren die bei der Feier nicht dabei.

Fast täglich lesen und hören wir von »Fehlern« der Landesregierung, die meist erst zugegeben werden, wenn sie lange zurückliegen. Pfusch und Fehlinvestitionen wo man hinsieht! Jeder weiß um die Affairen Lausitzring, Luftschiffbau in Brand, Chipfabrik in Frankfurt mit einem stolz präsentierten Investor aus Dubai. Die Chipfabrik ist nie fertig geworden, das war im Jahr 2003, und auch Conergy produziert da keine Solarmodule mehr!

Jüngerer Baupfusch: Autobahndreieck Havelland und Flughafen BER – Beispiele für Milliardengräber im Ergebnis von Schlendrian und Verantwortungslosigkeit der Landesregierung. Immer öfter werden auch Fälle von Korruption bekannt, obwohl die Landesregierung mit Fleiß bemüht ist, solche Fälle nicht bekannt werden zu lassen und – wenn das nicht gelungen ist – sie als bedauerliche Einzelereignisse kleinzureden. Jedem Bürger mit nur etwas Lebenserfahrung ist jedoch klar, daß »Speer« (SPD) und »Fümiß« (CDU) nur die Spitze eines Eisberges sind. Wer Akteneinsicht begehrt, der beißt auf Granit. Recht hat der, der die Macht hat!

Fälle von Vorteilsnahme und Begünstigung sind inzwischen in allen Kreisverwaltungen und in so manch einer Amtsverwaltung angekommen. Wer gut schmeckt, der gut fährt! Wer ein bestimmtes Parteibuch hat, ein guter Freund des Landrats oder des Bürgermeisters ist – so eine Pflicht zur Stellenausschreibung ist doch keine Hürde! – der kriegt den Job! Daran hat sich auch 25 Jahre nach dem Ende der DDR nichts geändert.

Das nenne ich Kontinuität und Stabilität! Vielleicht ist das ja ein Grund zum feiern!?

Eberswalde(prest-ew). Am 4. Dezember 2015 wird der erste Amadeu Antonio Preis in Eberswalde verliehen. Für den Preis, den die Amadeu Antonio Stiftung und die Stadt Eberswalde gemeinsam vergeben, sind insgesamt 284 Bewerbungen aus ganz Deutschland und aus den verschiedensten Genres eingegangen.

»Wir sind sehr froh, daß sich so viele Künstler, Vereine und Institutionen beworben haben. Gerade in der aktuellen Flüchtlingsdiskussion kommt der Verleihung eine wichtige Bedeutung zu. Und natürlich dient der Preis dem Gedenken an Amadeu Antonio. Die Verleihung wird in unserem Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio stattfinden, einem Haus mit Symbolkraft in unserer Stadt«, so Bürgermeister Friedhelm Boginski.

Zwei Tage vor dem 25. Todestag von Amadeu Antonio würdigt der Preis Künstlerinnen und Künstler sowie soziokulturelle Projekte, deren Werke sich kreativ mit den Themen

Erster Amadeu-Antonio-Preis

Rassismus, Menschenrechte und Migration auseinandersetzen. Der Preis, der fortan alle zwei Jahre vergeben werden soll, will die künstlerische Vielfalt mit politischem Engagement sichtbar machen. Zudem sollen zivilgesellschaftliche Initiativen unterstützt werden.

»Mit dem Preis wollen wir aber auch offensiv mit der Geschichte umgehen und den Wandel in der Stadt und ihrer Gesellschaft dokumentieren«, sagt Kulturamtsleiter Dr. Stefan Neubacher. »Seit der Gründung der Amadeu Antonio Stiftung hat sich Eberswalde stark gewandelt. Dieser Wandel ist auch in der Auslobung dieses ersten Preises zu erkennen«, ergänzt die Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung Anetta Kahane.

Der Preis wurde im Juli 2015 ausgelobt. Bis zum 20. September 2015 wurden 92 Bewer-

bungen im Bereich Darstellende Kunst, 23 im Bereich Musik, 43 im Bereich Bildende Kunst, 91 im Bereich Literatur, 23 im Bereich Bildung und 13 im Bereich Soziokultur eingereicht. Am 4. Dezember 2015 wird der erste Amadeu Antonio-Preis im Rahmen einer Festveranstaltung im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio verliehen. Der erste Preis ist mit 3000 Euro dotiert, der zweite und dritte Preis mit je 1000 Euro. Zur Jury des Amadeu Antonio Preises gehören unter anderem die Leiterin der Werkstatt der Kulturen Berlin, Philippa Ebéné, die Intendantin des Maxim-Gorki-Theater Berlin, Shermin Langhoff, die Sängerin Marianne Rosenberg oder migrantische Selbstorganisationen wie der Afrikanische Kulturverein Palanca.

Fluchtursachen erkennen!

Für die Vorgänge im krisengeschüttelten kapitalistischen Weltgetriebe sind die wenigen Zeilen des vorliegenden Zeitungsartikels längst nicht ausreichend, um alle Facetten der Ursachen des Flüchtlingsdramas zu beleuchten. Seit Wochen und Monaten versuchen sich die Medien aller Couleur um Erklärungen zu finden, warum das so und so ist und was man unternehmen sollte, um die »Wertgemeinschaft« vor ihnen zu schützen und die Schicksale gebeutelter Asylanten zu erleichtern. Es ist geradezu ein Hauen und Stechen, um die besten Sendezeiten im Fernsehen, die prominentesten Persönlichkeiten, die größten Schlagzeilen in den Gazetten. Die Berichte über extreme Grausamkeiten gegenüber den flüchtenden, verängstigten Menschen durch rigorose Staatsbeamte, Institutionen und Staatsführungen reißen nicht ab. Gering ist die Anzahl derer, die im Fernsehen als mitleidige, verständnisvolle Freiwillige von Hilfsorganisationen und als Einzelpersonen zu Wort kommen. Die wahren Ursachen werden selten genannt. Und wenn, dann zu Sendezeiten, wenn nur noch wenige Menschen bereit sind, auf den Schlaf zu verzichten, um sich zu informieren.

In einer Veranstaltung des »RotFuchs«-Fördervereins, der in Eberswalde/Umgebung durch eine Regionalgruppe vertreten ist, konnten sich Interessierte im BBZ »Amadeo Antonio« in der Puschkinstraße 13 in einem Kurzfilm (30 Min) mit dem Titel »Nie wieder Krieg« (auch als Logo auf einer DDR-Briefmarke bekannt) über die Ursachen und Verursacher vieler Leiden auf unserer Welt schlau machen.

Wie schon oft, nutzten nur wenige Besucher die Gelegenheit. Das Dutzend Anwesender brachte zum Ausdruck, daß dieser Filmstreifen noch vielen Menschen in unserer Region, be-

sonders jüngeren, die das Ungeheuerliche der nicht enden wollenden Kriege nicht erlebt haben, gezeigt und mit ihnen darüber diskutiert werden sollte. Man kann dem Unwissen der Jugend über die wahren Urheber des Zustandekommens menschlichen Leids und über die Gefahr noch ungeahnten, viel schlimmeren Elends nicht seinen ungehinderten Lauf lassen.

Seit dem Ende des II. Weltkriegs 1945 hat es trotz des Rufes »Nie wieder Krieg« auf unserem Planeten noch keine Ruhe gegeben. In Bezug auf Deutschland wurde nur auf dem Gebiet der DDR mit dem faschistischen Regime von 1933-45 konsequent abgerechnet. Das brachte ihr (der DDR) die unverhohlene Wut der Altnazis aus der BRD und deren Forderung zur Beseitigung des ihnen verhaßten Staates ein (Kalter Krieg!). 40 Jahre konnte sich der erste sozialistisch ausgerichtete Staat auf deutschem Boden mit seiner Friedenspolitik behaupten. Dann schafften es konterrevolutionäre Kräfte, ihn zu Fall zu bringen. Es fiel kein Schuß, als Tausende DDR-Bürger die ungeliebte Mauer trotz bewaffneter Schutzkräfte überwand. Der Befehl der DDR-Führung lautete: »Nicht schießen!« Nur deshalb gab es die sogenannte »Friedliche Revolution«!

Allein gelassen von falschen Freunden war es für die von »Uncle Sam« gestützte Bundesrepublik ein leichtes Spiel innerhalb eines Jahres sich die DDR einzuverleiben. Das Begrüßungsgeld für die DDR-Bürger kostete der BRD ca. 2 Milliarden DM. Der geschätzte Wert des der DDR in diesem Zusammenhang gestohlenen Volksvermögens betrug 600 Milliarden DM. Ein gutes Geschäft!

Als viele der überrumpelten »Blauäugigen« erwachten, war es zu spät. Mit voller Wucht begann der Feldzug des Siegers gegen alles was

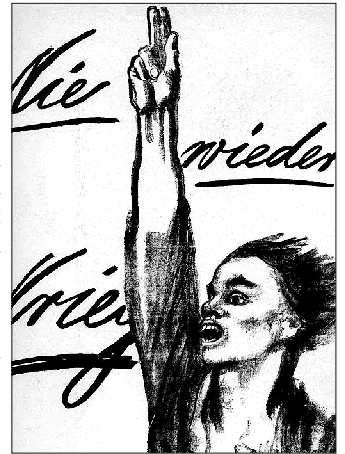
DDR hieß. Heute, 25 Jahre nach dem großen Betrug, ist es um ein Vielfaches schwerer, die Tatsachen der geschichtlichen Ereignisse ins richtige Licht zu rücken. Eine Generation Wissender geht dem biologischen Ende entgegen. Die Erben müssen ihren Weg finden. Wir wollen dabei helfen. Ihnen soll ein noch schlimmeres Schicksal, als es der II. Weltkrieg war, erspart bleiben.

Nachsatz: Ein Lebewesen siedelt sich dort an, wo seine Existenzgrundlage gesichert ist. Werden Pflanze, Tier oder Mensch die Lebensgrundlagen, aus welchem Grunde auch immer, entzogen, wird das Individuum entweder untergehen oder, so es vermag, vor dem Untergang flüchten. Dabei ist es gleichgültig, ob die Ursache kriegsrische Handlungen, wirtschaftliche Not oder andere Katastrophen sind.

Aber: wenn Menschen bewußt todbringende Handlungen, z.B. Krieg, Zerstörung oder Landraub vornehmen, dann bilden sie die Ursache für eine Flucht der Bedrohten. Wer Waffen, Munition und Kriegsgerät produziert und es in einer Aggression einsetzt, macht sich schuldig!

HELMUT BRAUNSCHWEIG, RF-Gruppe

Wir bieten an: Am Montag, den 7. Dezember um 16 Uhr im BBZ »Amadeo Antonio«, R. 2.25, Film und Diskussion zum Thema »Nie wieder Krieg«.



Zensur in der Stadtverwaltung

Im September-Amtsblatt erschien der Beitrag der Fraktion ALTERNATIVES WÄHLERBÜNDNIS EBERSWALDE mit einer Auslassung, die mit drei Pünktchen gekennzeichnet war. Das Wort »Provinzposse« war dem Korrekturleser der Stadtverwaltung, dem Leiter des Bürgermeisterbereiches Robby Segebarth, nicht genehm (BBP 9/2015).

Nun gibt es wieder Probleme. Und wieder beanstandet Boginskis Büroleiter einen Text der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde. Von anderen Fraktionen wurde solcherart Einflußnahme bislang nicht vermeldet.

Diesmal schrieb Robby Segebarth an den Fraktionsvorsitzenden Carsten Zinn: Ich darf Sie bezogen auf die Sätze »Die Mehrheit der anwesenden und stimmberechtigten Stadtverordneten (27) einschließlich des Bürgermeisters sah hier keine Eilbedürftigkeit.« sowie »Die Fraktion hat den Umgang mit ihren Anfragen durch den StVV-Vorsitzenden und die Verwaltung kritisiert.« um eine entsprechende Bearbeitung Ihres Beitrages bitten.

Segebarth meint, hier handle es sich um »Verlautbarungen über das Verhalten einzelner, über – vermeintliche – Sichtweisen von Personen oder Personengruppen zu einzelnen Themen bzw. negative Abgrenzungen zu diesen Personen oder Personengruppen«, was im Rahmen der »für die

Herausgabe des Amtsblattes maßgebliche(n) Bekanntmachungsverordnung des Landes Brandenburg sowie« den »hierzu seitens der Kommunalaufsicht der Stadt Eberswalde zugegangenen Mitteilungen« nicht gedeckt sei.

Davon abgesehen, daß hinsichtlich der Auffassung der Kommunalaufsicht durchaus Zweifel angebracht sind, handelt es sich bei den beanstandeten Sätzen keineswegs um »Verlautbarungen« über »Sichtweisen« von Personen, sondern in Satz 1 um das Ergebnis einer namentlichen Abstimmung, die auch in der Niederschrift besagter Stadtverordnetenversammlung dokumentiert ist, und in Satz 2 um die Mitteilung darüber, was die Fraktion getan hat. Sie

hat nämlich im Rahmen ihrer Tätigkeit »den Umgang mit ihren Anfragen durch den StVV-Vorsitzenden und die Verwaltung kritisiert«. Gemäß § 29 Abs. 2 der Hauptsatzung sind die Fraktionen berechtigt, »zur Unterrichtung der Einwohnerinnen und der Einwohner der Stadt Eberswalde über ihre Tätigkeit monatlich einen Beitrag im Amtsblatt« zu veröffentlichen. Dieses Recht will der Leiter des Bürgermeisterbereiches der Fraktion entgegen der geltenden Regelungen streitig machen.

Hier geht es keineswegs um Nebenschauplätze. Das Zensurgehebe der Stadtverwaltung rührt an den Grundfesten der parlamentarischen Demokratie.

GERD MARKMANN

1914: Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg verfolgte dieses Ziel im Ersten Weltkrieg. Von Konstantin Frantz, über Felix Fürst Schwarzenberg bis zu Friedrich Naumann, Walther Rathenau¹ und Theobald von Bethmann Hollweg führte die Idee, Europa unter preußisch-deutscher Führung zusammenzufassen. Die NATO/EU heute greift nach Kiew – nicht Rußland. Ähnlich 1914, als es um nichtrussisch besiedelte Territorien ging. Auch den Haß der Polen gegen die Russen, der am Leben erhalten werden sollte. Wie 1854 die Koalition gegen Rußland, so bildet die NATO heute keinen geschlossenen Block mehr. 1854 ging es um Annexionen an der Ostsee, Polen und Moldavien. 1914 ähnlich. Die Idee des »Volk ohne Raum« war geboren. Siedlungsland für verdiente Unteroffiziere sollte gewonnen werden. Oder, wie Ludendorff 1915 an Moltke schrieb, die Armee müsse befriedigt werden.

Die preußischen Konservativen standen 1854 ganz im Bann der Befreiungsbewegung von 1813. Sie erwarteten den Krieg mit Frankreich und sahen in einem Bündnis mit England lediglich dessen Funktion, korrespondierend mit der Verteidigung der Rheinlinie. Einerseits fürchtete das konservative Preußen Frankreich als den Hort der Revolution. Die Revolution war eine gefährliche Waffe gegen die Monarchien. Es wurde erwartet: ein preußisch-englisches Bündnis könne andererseits Rußland in die Isolierung treiben, und eine französisch-russische Annäherung heraufbeschwören. Dieses essentielle Problem sollte sich Bismarck, auf anderer Ebene nach 1877 stellen, als auf der Höhe der Berliner Krise² sich Hoffnungen, Gefährdungen, wie die Konstanten der Rechnung mischten, analog zu 1914 und heute.

Doch der Weg der Modernisierung Preußens war steinig und lang. Aus der wirtschaftlichen Rezession zu Anfang des 19. Jahrhunderts ging Berlin gestärkt hervor. Der Niveauunterschied zu Westeuropa, der über 300 Jahre angedauert hatte, wurde überwunden. Zwischen 1820 und 1850 brachte die Wachstumsrate in Landwirtschaft, Verkehrswesen und Industrie linear 1,2%. Im Deutschen Bund errang Preußen damit wirtschaftlich die Suprematie. Der militärisch-politische Sieg von 1866 über Österreich war industriell, wirtschafts- und finanzpolitisch (DDD-Banken) vorgezeichnet. Nur zögernd folgte die staatliche Verwaltung dieser neuen Entwicklung. Gleichwohl zeichnete sich die Regierung Manteuffel³ durch die, wenn gleich zögernde, Überwindung der merkantilen Staatspraxis aus.

Bismarcks Außenpolitik war gekennzeichnet durch »Vorurteilsfreiheit ... und Realismus«. Ihm oblag es, nach dem Frieden von Paris 1856, mit dem der Krimkrieg endete, die Umorientierung der preußischen Außenpolitik zu vollziehen. Frankreich war inzwischen zur ersten Macht in Europa aufgestiegen, und sollte der künftige Bündnispartner Preußens werden. Bismarck verfolgte das Ziel, den deutschen Mittelstaaten

1854 – 1914 – 2014 (Teil 2):

Kontinuum Ostexpansion

von Dr. Bernd F. Schulte

Der Verlust der Stadt Sewastopol am 8. September 1855 brachte vor 160 Jahren die Entscheidung im Krimkrieg. Fast ein Jahr lang hatte sich die russische Armee gegen die Belagerung durch französische, britische, türkische und italienische Truppen behauptet. Der erste Teil befaßte sich mit der Haltung Preußens in diesem großen europäischen Krieg in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Damals wie heute geht es um die Rolle Rußlands in Europa. Navalistische Mächte stehen wie 1854 gegen die Festlandsmacht. Damals sollten die preußisch-englischen Gemeinsamkeiten betont werden. Preußen stand vor der Entscheidung, wohin es kulturell-weltanschaulich gehören wollte. Ähnliches gilt heute für Deutschland oder gar die EU.

die Rheinbund-Option abzuschneiden. So begann etwas völlig Neues, was mit dem Krimkrieg, dem wohl letzten Kabinettskrieg alten Stils, und dem Feldzug von 1859 in Norditalien, begonnen hatte.

Daß die überkommene Pentarchie der europäischen Mächte Vergangenheit war, war allseits anerkannt. Die Stringenz des englischen Angriffsplans auf Rußland, das Diktum Bunsens vom »europäischen Generalkrieg« von Finnland bis zum Kaukasus wurde abgelehnt.

Wie sieht das Kriegsbild der NATO/EU von heute aus? Ist der Plan der NATO-Erweiterung ausgeträumt, weil die Mitgliedsstaaten ihre Armeen abgerüstet haben, und auf kurze Sicht ein Zusammenwirken mit den USA problematisch erscheint? Trifft doch Friedrich Wilhelms Besorgnis zu, den Krieg mit Rußland eventuell allein ausfechten zu müssen? Damals, 1854, betrogen von Frankreich und England, heute den USA?

Anmerkungen (Quelle: Wikipedia):

1 – CONSTANTIN FRANTZ (1817 - 1891) war ein deutscher Philosoph, Publizist, Mathematiker und Politiker. Er stand zeitweise im diplomatischen Dienst Preußens. Bekannt wurde er als politischer Schriftsteller mit Bezug zum Junghegelianismus und zur Romantik. Frantz war Vordenker eines vom Heiligen Römischen Reich inspirierten mitteleuropäischen Staatenbundes und Gegner des von Bismarck nationalstaatlich verfaßten Deutschen Reiches.

FELIX PRINZ (genannt Fürst) ZU SCHWARZENBERG (1800 - 1852) war ein österreichischer Staatsmann, Diplomat und Offizier. Von 1848 bis zu seinem Tod 1852 war er österreichischer Regie-

rungschef. Auf ihn geht der Großösterreich- oder Schwarzenberg-Plan zurück.

FRIEDRICH NAUMANN (1860 - 1919) war evangelischer Theologe und liberaler Politiker zur Zeit des Deutschen Kaiserreichs. Nach ihm ist die FDP-nahe *Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit* benannt. Sein im Herbst 1915 erschienenes Buch »Mitteleuropa« wurde rasch zur meistgelesenen deutschen Kriegszielschrift überhaupt. Naumann forderte darin einen »liberalen Imperialismus« für Deutschland.

WALTHER RATHENAU (1867 - 1922) war ein deutscher Industrieller, Schriftsteller und liberaler Politiker (DDP). Er wurde als Reichsaußenminister der Weimarer Republik Opfer eines politisch motivierten Attentats.

2 – Auf dem Berliner Kongreß im Juni/Juli 1878 versammelten sich nach dem Russisch-Türkischen Krieg von 1877/78 die Vertreter der europäischen Großmächte Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Frankreich, Vereinigtes Königreich, Italien und Rußland sowie des Osmanischen Reiches, um die Balkankrise zu beenden und eine neue Friedensordnung für Südosteuropa auszuhandeln. Insbesondere ging es darum, den Einfluß auf dem Balkan den Rußland infolge des Friedens von San Stefano vom März 1878 gewonnen hatte, wieder zurückzudrängen. Da ein Krieg der Großmächte gegen Rußland drohte, verzichtete Rußland auf einen großen Teil seiner Ambitionen. Die Rivalität Österreichs und Rußlands auf dem Balkan vertiefte sich und wurde bis zum Ersten Weltkrieg zu einer Konstante in der europäischen Politik.

3 – Otto Theodor Freiherr von Manteuffel (1805 bis 1882) war ein konservativer preußischer Politiker. Von 1850 bis 1858 vollzog er als preußischer Ministerpräsident eine hochkonservative Politik.

Gedenken an den 9. November 1938

Eberswalde/Bernau (bbp). Am 9. November vor 77 Jahren wurde die Eberswalder Synagoge während der Pogromnacht zerstört. Zum Gedenken an die Opfer des Holocausts hatten die Stadt Eberswalde und der Ökumenische Arbeitskreis zu einer gemeinsamen Gedenkveranstaltung am Standort der einstigen Synagoge in der Eberswalder Goethestraße aufgerufen.

In Bernau hatte das Netzwerk für Weltoffenheit anlässlich des Jahrestages der Pogrome vom 9. November 1938 zu einer Gedenkveranstaltung auf den Bernauer Marktplatz eingeladen. Traditionsgemäß endete diese mit einem Gedenkgang mit Blumen und Kerzen zu den Stolpersteinen in der Bürgermeisterstraße und zur Erinnerungstafel an die Deportation Bernauer Juden in der Brauerstraße. Anschließend gab es in der Galerie Bernau ein Konzert mit der Klezmer-Gruppe »manifest« mit Liedern der Juden Osteuropas. In ihrem aktuellen Programm »Mit Tränen aber kann man keine Tränen stillen« erzählt die Gruppe, der auch der linke Bundestagsabgeordnete Harald Petzold angehört, eine fiktive jüdische Lebensgeschichte, inspiriert von Briefen, Erzählungen und Texten des jüdischen Autors Joseph Burg.

Kunstverein »Die Mühle e.V.« in der Zainhammermühle:

Auf der »Zielgeraden«

Die ersten jungen Künstler – Holzgestalter und Maler des Kulturbundes – retteten seit Mitte der 1980er Jahre in tausenden von Arbeitsstunden die Mühle vor dem Verfall. Im Sommer 1991 eröffneten sie die erste Kunstausstellung. Die Zainhammermühle entwickelte sich zu einem Kleinod in der Kulturlandschaft der Stadt Eberswalde und des Landkreises Barnim.

Die Ausstellungen und Veranstaltungen im Rahmen des »Sommers in der Mühle« sind immer gut besucht. Zum Erhalt des Mühlenkomplexes veranstalteten die Künstler über viele Jahre Kunstauktionen, in denen auch Kunstwerke von Paul Wunderlich – auch er war Mitglied des Kunstvereins – zugunsten des Mühlengebäudes versteigert wurden. Im Jahr 2008 standen die Mitglieder des Kunstvereins »Die Mühle e.V.« dann vor der Entscheidung, die denkmalgeschützte Zainhammermühle von den Erben für 20.000 Euro zu erwerben. Von der Stadt Eberswalde dazu ermutigt, wußten die Vereinsmitglieder zum Glück nicht, worauf sie sich einließen und wie viel Arbeit vor ihnen stand, als sie das Denkmal kauften.

Nachdem die Bemühungen der Stadt Eberswalde, die Sanierung der Mühle zum Starterprojekt im INSEK zu machen, nicht von Erfolg bescheiden war, machte sich der Verein selbst auf den Weg, die Sanierung des Denkmals in eigener Regie durchzuführen. Der Landkreis und die Stadt Eberswalde sagten ihre Unterstützung zu. Um das Mühlengebäude für die Öffentlichkeit bis unter das Mühlendach nutzen zu können, mußte ein Bauantrag gestellt werden, der mit erheblichen Brandschutzaufgaben verbunden war. Außerdem ergaben sich in jedem Bauabschnitt immer wieder neue Probleme am alten Gebäude, die es zu lösen gab.

Gleich zum Erwerb des Mühlengebäudes startete der Kunstverein eine Spendenaktion und »verkauft« seitdem kleine Mühlensteine für eine Spende ab 100 Euro, um die Arbeiten am Denkmal finanzieren zu können. Eine weitere Aktion war der »Verkauf« von Treppenstufen für die beiden gemäß Brandschutzkonzept zu bauenden Fluchttreppen für 16225 Cent – also der Postleitzahl von Eberswalde. Insgesamt kamen seit 2008 Spenden in Höhe von 72.000 Euro zusammen. Es handelt sich um Spenden der Vereinsmitglieder selbst aber auch vieler Eberswalder und Barnimer und vieler Unternehmen in der Region, denen der Erhalt des Kunsthause und Denkmals Zainhammermühle am Herzen liegt.

Fünf Jahre dauerte die Sanierung, weil sie immer nur in kleinen Schritten und in dem Umfang, wie Geld für Material oder Baufirmen zur Verfügung stand, durchgeführt werden

konnte. Die Vereinsmitglieder bauten über die ganze Zeit fleißig selbst am Gebäude mit und hatten in den letzten 1½ Jahren Unterstützung von drei Bundesfreiwilligen, ohne die die Bauarbeiten noch nicht in diesem Jahr hätten abgeschlossen werden können. Finanzielle Unterstützung kam seit 2008 bis heute auch von der Stadt Eberswalde (76.400 Euro), dem Landkreis Barnim (54.100 Euro), der Sparkasse und der Kulturstiftung der Sparkasse (5.000 Euro), das Land Brandenburg (28.000 Euro) und die Bundesstiftung Kultur (5.000 Euro). Hinzu kamen 15.000 Euro aus dem Eberswalder Bürgerhaushalt und Eigenmittel des Vereins von 34.500 Euro.



Jetzt sind die Müllerinnen und Müller auf der Zielgeraden zur Bauabnahme und erhielten für die letzten Arbeiten noch einmal finanzielle Unterstützung vom Heimatverein zu Eberswalde e.V. und von den Familien Wühle und Kurth, die für ihre Spenden die Mühlensteine Nr. 186, 187 und 188 überreicht bekamen.

Der Landtagsabgeordnete Daniel Kurth hatte sich auch persönlich für das Mühlenprojekt beim Land eingesetzt, sodaß der Verein für die letzten entscheidenden Arbeiten auf unseren Antrag hin nun Lottomittel des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur in Höhe von 10 T Euro erhält. Diese Mittel werden für die notwendigen Brandschutztüren, eine zweite Toilettenanlage und die Brandschutzabnahme verwendet.

Wenn dann am 6. Dezember, dem 2. Advent, um 10 Uhr der 15. WeihnachtsKUNSTmarkt eröffnet, sind insgesamt ca. 300 T Euro in das Denkmal geflossen und die Vereinsmitglieder haben unzählige Arbeitsstunden in die Zainhammermühle investiert.

Im Jahr 2016 wird sich der Kunstverein dann anlässlich seines 25-jährigen Vereinsjubiläums im Denkmal Zainhammermühle bei allen Unterstützern mit vielfältigen Veranstaltungen bedanken.

VERONIKA BRODMANN

Geschichte eines Steines

Stein von Norden, unter Eis, kam hergeschoben und gerollt, war groß wurde klein, war schroff wurde rund, so blieb er liegen im märkischen Grund. Schwer, zerschliffen, rötlich markant glitzert er streifig, man nannte ihn Gneis

Als Wegmarker liegt er hier am Ort. Jahre, Jahrzehnte, Jahrtausende. Dort Menschenmillionen, Junge und Alten, Liebende, sich an den Händen halten, Leichen von Kriegen, zerstört in den Kämpfen, das mußte er sehen, er konnte nicht fort.

Kanonengedonner und Vogelgesang, der Menschen Gelächter und ihre Tränen, Spiele der Kinder, sich versteckend, Wanderer, Flüchtlinge, Paare, sich neckend, Fuchswelpen sich balgend, wachsam die Fähen. Beim Stein war Leben am Wegesrand.

Gebunden, die sandige Erde ist Heimstatt des Steins. Trost für die Schwachen. Ruhepol ist er im Lebensgewimmel. Über ihm jagen heut Jet's in den Himmel. Einsame zu ihm Spaziergänge machen. Hinaus aus der Hektik der näheren Stadt.

Wie schön ist er in dem Sonnenschein. Der Regen wäscht die Steinhaut rein. Betrachte das Muster und seine Streifen! Sandstürme sich nun über ihn wälzen. Wird er einst im Atomfeuer schmelzen? Und wenn es geschieht, wo werden wir sein?

WALTRAUD VOIGT

Sonntags in und um Bernau: Die »goldenen« Zwanziger

15. November, 10 Uhr

Kleine Geschichten aus der Zeit zwischen zwei Weltkriegen, in Bildern nachgestellt (Schaufenster-Route) und erzählt bei einem Rundgang durch die Stadt. Die Bernauer Stadtführer laden Sie im Rahmen der diesjährigen Lese-Woche zu einem kurzweiligen Spaziergang ein.

Treffpunkt: Tourist-Info

Unkostenbeitrag 3 Euro pro Person, Kinder frei. kontakt@stadtfuehrer-bernau.de, Tel. 03338/367088, www.bernauer-stadtfuehrer.de

Rentensprechstunde

Rentenempfänger haben die Möglichkeit, einmal im Monat Fragen und Probleme zu ihren Rentenbescheiden durch Mitarbeiter der Brandenburgischen Renteninitiative klären zu lassen. Der Arbeitskreis »Brandenburgische Renteninitiative« gibt Hilfestellung beim Lesen von Rentenbescheiden und Formulieren von Widersprüchen. Die nächste Sprechstunde findet am Mittwoch, 11. November, 10-12 Uhr, im Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde, statt.

ANDREA HOEHNE

Nachwuchs für's Mörderhandwerk Eberswalde (bbp). Am 26. und 27. November präsentiert sich mal wieder die Bundeswehr im Berufsinformationszentrum (BiZ) Eberswalde unter dem Label »berufe in uniform«.

Der Krieg in Syrien

Die Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg lädt Sie herzlich am Donnerstag, den 19. November, um 19 Uhr, zur Abendveranstaltung »Syrien – Hintergründe zu einem Land im Bürgerkrieg« ins Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio nach Eberswalde (Puschkinstr. 13) ein. An diesem Abend werden wir mit der Islamwissenschaftlerin PETRA BECKER von der Stiftung Wissenschaft und Politik über die Auseinandersetzungen in Syrien sprechen. Welche Gruppen sind besonders bedroht und müssen flüchten? Welche Perspektiven gibt es für eine Befriedung der Region?

Seit mehr als vier Jahren herrscht in Syrien Krieg. Aus den Demonstrationen des »Arabischen Frühlings« für mehr Demokratie und Freiheit ist ein blutiger Bürgerkrieg geworden, der immer mehr Syrer und Syrerinnen zur Flucht vor Luftangriffen, dem Regime und der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) zwingt. Welche Gruppen sind besonders bedroht und müssen flüchten? Welche Rolle spielen Religion und geopolitische Zusammenhänge in der Eskalation des Konfliktes? Welche Perspektiven gibt es für die Befriedung der Region? Diese und weitere Fragen möchten wir mit Ihnen und unserem Gast diskutieren.

Petra Becker ist Mitglied der Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika bei der Stiftung Wissenschaft und Politik und dort im Projekt »Die Fragmentierung Syriens« tätig.

BRITTA STEELS

Amadeu Antonio

12.8.1962 – 6.12.1990

Geboren im Rassismus der Kolonialmacht Portugal in Angola, ermordet nach der deutschen Vereinigung von Neonazis und Rassisten in Eberswalde.

**Impuls – Preisverleihung – Gedenken
Autorenlesung**

25 Jahre »danach«

Veranstaltungen in Erinnerung an den Tod von Amadeu Antonio

Freitag, 20.11., 19.30 Uhr

Rassismus wahrnehmen, benennen und zu seiner Überwindung beitragen.

Impulsreferat und Aussprache mit Austen P. Brandt, Vorsitzender von Phoenix e.V., Duisburg
Ort: Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Puschkinstraße 13

Freitag, 4.12., 18 Uhr

Feierliche Verleihung des 1. Amadeu Antonio Preises, Ort: Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Puschkinstraße 13

Sonntag, 6.12., 15 Uhr

Gedenken am 25. Todestag - »Wir sind hier, Bruder Amadeu«, Ort: Gedenktafel an der Eberswalder Straße 26, anschließend Kaffee und Begegnung im Afrikanischen Kulturverein Palanca e.V., Coppistraße 1-3

Donnerstag, 10.12., 19.30 Uhr (Tag der Menschenrechte)

»Mein Weg vom Kongo nach Europa« Zwischen Widerstand, Flucht und Exil
Autorenlesung und Gespräch mit Emmanuel Mbolela, Ort: Bibliothek im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Puschkinstraße 13

»Mülheim einmal anders«

SSM-Fotokalender für 2016

Die SOZIALISTISCHE SELBSTHILFE MÜLHEIM (SSM) und der »Mach mit« e.V. geben erstmals einen Fotokalender heraus, der einen etwas anderen Blick auf bisher wenig beachtete Orte im Kölner Stadtbezirk wirft. Der Kalender, entstanden in Zusammenarbeit mit Wolfgang Hippe (Fotos) und Andreas Hollender (Gestaltung), kann im Buchhandel (12 Euro) oder direkt bei der SSM erworben werden (15 Euro inkl. Versand gegen Vorkasse).

Der Erlös fließt in das SSM-Projekt »Halle am Rhein«, wo die SSM neben einem Second-hand Möbelverkauf eine Wohntage und ein Café mit Außenbereich einrichten will.

HEINZ WEINHAUSEN

Weitere Informationen auf: www.ssm-koeln.org

»Draufsichten. Ansichten. Einsichten.«

- 12. November, 19 Uhr: Kapitalismus im Krisenmodus, das fortgesetzte Versagen – Sahra Wagenknecht (Stadthalle Bernau, Hussitenstr. 1)
- 10. Dezember, 19 Uhr: Lux Leak und TTIP, neues aus dem EP – Fabio de Masi (Treff 23)

»Draufsichten. Ansichten. Einsichten.«
ist eine Veranstaltungsreihe des
Stadtverbandes Bernau der Partei DIE LINKE.

BuschFunk-Growfunding Spezial!

Wir planen eine sicher einmalige Box mit allen 16 »hallo«-Ausgaben, der wohl kultigsten und zugleich innovativsten Reihe des AMIGA-Labels zum unschlagbaren Preis von 49,95 Euro! Wenn wir 200 Vorbestellungen mit Ihrer Hilfe zusammen bekommen, dann geht es los! Wenn uns das nicht gelingt, dann war es zumindest eine gute Idee!

<http://konsum.buschfunk.com/neuerscheinungen/hallo-die-16-cd-box.html>

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon/fax: (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: bbp-forum+subscribe@googlegroups.com

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 5. November 2015

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 3. Dezember 2015.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- ☐ zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- ☐ Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ☐ ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- ☐ Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
- ☐ Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: ☐ per Bankeinzug ☐ per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

☐ Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)

☐ Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)